

# info

03/2019

## Welt aus den Fugen?

**Schwerpunkt**  
Frieden und  
Sicherheit

**Für ein besseres Morgen**  
Vertrauen in die  
Demokratie

**Die digitale Revolution**  
Was ist digitaler Kapitalismus?  
Aufstieg eines neuen  
Wirtschaftsraums

**FRIEDRICH  
EBERT**   
**STIFTUNG**

## SCHWERPUNKT – FRIEDEN UND SICHERHEIT

---

- 3 Welt aus den Fugen?**  
Frieden und Sicherheit im globalisierten Zeitalter
- 5 Es gibt keine richtigen Hände für falsche Waffen**
- 6 Weckruf für Europa**  
Das »Sicherheitsradar 2019«
- 7 Gräben überbrücken**  
Auf dem Weg zu einer europäischen Verteidigungsunion
- 8 Tiefe Spaltung der Weltgemeinschaft**  
Deutschland im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen
- 9 Große Mächte, großer Gesprächsbedarf**  
Multilaterale Dialogformate und Netzwerke
- 10 Lektionen für Frauen, Frieden und Sicherheit**  
20 Jahre UN-Sicherheitsratsresolution 1325
- 11 Über Bande spielen**  
Afrikanische Perspektiven im UN-Sicherheitsrat
- 12 »Security for all«**  
Sicherheitssektorreform in West- und Zentralafrika
- 13 Hoffnung auf Veränderung**  
Die Sicherheitslage am Horn von Afrika  
**Fehlender Wille**  
Der Friedensprozess im Südsudan
- 14 Terrorismus, Extremismus, illegale Migration**  
Zur Sicherheitspolitischen Situation in Mali
- 16 Ordnung ins Chaos bringen**  
Die Konflikte in der MENA-Region
- 18 Begründete Zweifel**  
Taugt die »Ertüchtigungsinitiative« zur Konfliktbewältigung
- 19 Stolpersteine auf dem Weg zum Frieden**  
Jemen: Soziale Sicherheit für Pensionäre
- 20 Politische Lösung nicht erkennbar**  
Afghanistan: Dramatische Verschlechterung der Sicherheitslage
- 21 Gegen den Trend**  
Suche nach inklusiver Sicherheitspolitik in Lateinamerika
- 22 Kolumbien zwischen Optimismus und Sorgen**  
Friedensabkommen in fragiler Phase
- 24 Größtmögliche Freiheit und bester Schutz**  
Grundsätze sozialdemokratischer Innenpolitik
- 26 Bündelung von Ressourcen**  
Urbane Sicherheit nicht allein innenpolitisches Thema
- 27 Ein positiv besetztes Gefühl**  
Objektive und subjektive Sicherheit

## THEMA

---

### Für ein besseres Morgen

- 29 Vertrauen in die Demokratie**  
Wie zufrieden sind die Menschen mit Regierung, Staat und Politik?
- 30 Mythen, Fakten, Argumente**  
Die Debatte um den Klimaschutz
- 31 »Der Staat ist ein idealer Investor für Start-ups«**  
Die deutsche Wirtschaft im Technologiewandel
- 33 Mehr Effizienz ins System**  
EU-Strukturfonds in Deutschland

## THEMA

---

### Die digitale Revolution

- 35 Zeit für ein Update**  
Was die Menschen in Deutschland über Digitalisierung denken
- 36 Was ist digitaler Kapitalismus?**  
Aufstieg eines neuen Wirtschaftsraums
- 37 Wenn der Chef ein Algorithmus ist**  
Die Arbeit der Zukunft gestalten
- 38 Daten für alle, auch für den Süden**  
Entwicklung von digitalen Rechten
- 39 Wie attraktiv sind die Bundesländer?**  
Einwanderungsbedarfe von IT-Fachkräften nach Deutschland

## THEMA

---

- 40 Erfolgsgeschichten**
- 42 Vorausgedacht**
- 44 Notizen**
- 45 Leseempfehlungen**

# Liebe Leserin, lieber Leser

**W**as ist bloß geworden aus dem Optimismus, der auf das Ende des Kalten Krieges folgte? Wo ist er geblieben, der Glaube an die Überwindung des Trennenden in der Welt, weg von der Konfrontation zur Kooperation, hin zu einem gemeinsamen Weg zu Demokratie und Frieden?

Die heutige Wirklichkeit sieht anders aus: Es findet eine Erosion der internationalen Ordnung statt, neue Bedrohungen mit unkalkulierbaren Folgen sind die Folge. Eine weltweite Aufrüstungsspirale ist in Gang gesetzt. Das Bild der Welt ist inzwischen geprägt von neuen innerstaatlichen und regionalen Konflikten, fragilen oder zerfallenden Staaten, bewaffneten Auseinandersetzungen, Terrorismus und organisierter Kriminalität. Staatliche, gesellschaftliche und private Gewalt beeinträchtigen und zerstören das Leben von Millionen von Menschen.

Angesichts dieser Situation stellt sich nicht zuletzt aus sozialdemokratischer Perspektive die Frage, ob und wie sich gewaltsame Konflikte überwinden und nachhaltiger Frieden und damit menschliche Sicherheit schaffen lassen.

Die Antwort lautet: Nur demokratische Prozesse und Institutionen schaffen die Voraussetzungen für langfristigen Frieden. Sie ermöglichen es, politische, wirtschaftliche und soziale Konflikte friedlich zu bearbeiten und Gewaltausbrüche zu verhindern. Nur eine verantwortungsvolle, engagierte und an Recht gebundene Innen- und Außenpolitik, die Sicherheit in allen seinen Dimensionen versteht, kann nachhaltig und präventiv wirken und damit auch dem Gefühl des Kontrollverlustes bei den Bürgerinnen und Bürgern entgegenwirken. Zur Umsetzung dieser Ziele leistet die Friedrich-Ebert-Stiftung mit ihrer Arbeit auf der nationalen, regionalen und internationalen Ebene anerkannte Beiträge.

In dieser Ausgabe des »info«-Magazins möchten wir Ihnen daher mit Beiträgen von Mitarbeiter\_innen sowie Gastautor\_innen und Gesprächspartner\_innen Analysen, Einschätzungen und Bewertungen vorstellen, die die Fundamente und Rahmenbedingungen unserer Aktivitäten umreißen.

Daneben berichten wir in weiteren Rubriken des Heftes unter anderem über die Ergebnisse einer Studie, in der danach gefragt wurde, wie die Menschen in Deutschland der zunehmenden Digitalisierung ihrer Lebenswelten begegnen. Dabei zeigte sich, dass rund ein Drittel der Befragten der Meinung ist, dass Staat und Politik die Digitalisierung maßgeblich gestalten sollten.

Eine weitere Erhebung kam zu dem besorgniserregenden Ergebnis, dass weniger als die Hälfte der Menschen in Deutschland damit zufrieden ist, wie die Demokratie in unserem Land funktioniert. Die Studie zeigt auch, dass ein deutlicher Zusammenhang zwischen dem sinkenden Vertrauen der Bürger\_innen und der wachsenden sozialen Ungleichheit besteht.

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre.

Die »info«-Redaktion

## IMPRESSUM

### Herausgeber

Friedrich-Ebert-Stiftung  
Kommunikation und Grundsatzfragen  
Godesberger Allee 149, D-53175 Bonn  
Tel. 0228\_883-0 | presse@fes.de  
www.fes.de

### Redaktion (Text)

Peter Donaïski, Pressestelle Berlin  
Hiroshimastraße 17, D-10785 Berlin  
Tel. 030\_269 35-7038  
peter.donaïski@fes.de

### Redaktion (Bild)

Katja Ulanowski, Kommunikation  
und Grundsatzfragen  
Godesberger Allee 149, D-53175 Bonn  
Tel. 0228\_883-7036  
katja.ulanowski@fes.de

### Layout und Satz

Leitwerk. Büro für Kommunikation  
www.leitwerk.com

### Druck

Druckerei Brandt GmbH

### Bildnachweis

Andreas Amann: S. 27  
Ricardo Antúnez / adhocFOTOS: S. 37  
Julie David de Lossy: S. 17  
FES: S. 4, 5, 6, 7, 9, 12, 15, 18, 19, 20, 23,  
29, 31, 35, 39, 44  
fotomanufaktur Schnittfincke: S. 25  
Matthias Hornung/Radio Bremen: S. 41  
ink drop – adobe.stock: S. 30  
IPI: S. 10  
Felix Noak: S. 36  
Thomas Pflaum/VISUM: S. 28  
picture alliance / AP Images S. 2  
picture alliance/AP Photo: S. 5  
picture alliance / dpa: Titel, S. 4, 8, 14,  
16, 19  
picture alliance / Andreas Gora: S. 24/25  
picture alliance / Photoshop: S. 23  
picture alliance / Pacific Press: S. 10  
picture alliance / Mika Schmidt: 21  
picture alliance / SZ Photo: S. 43  
picture alliance / Westend61: S. 27  
Frank Preuss: S. 32  
privat: S. 8, 13, 17, 33, 37, 38  
Elisabeth Schoepe: S. 26  
Andres Torres Galeano: S. 21  
Stefano Ukmar: S. 11

ISSN 0942-1351

SCHWERPUNKT

# Frieden und Sicherheit



# Welt aus den Fugen? Frieden und Sicherheit im globalisierten Zeitalter

Von Konstantin Bärwaldt, Marius Müller-Hennig und Jan Niklas Engels

**D**ie Voraussetzungen, unter denen Sicherheit zwischen Staaten und innerhalb von Gesellschaften gewährleistet werden kann und muss, haben sich in den vergangenen drei Jahrzehnten grundlegend verändert.

Das Aufstreben Chinas und das Erstarken von staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren haben die etablierten internationalen Ordnungssysteme an die Grenzen ihres Regulierungsvermögens gebracht. Zugleich haben die Folgen der Globalisierung neue Sicherheitsrisiken für die Menschheit geschaffen wie etwa eine durch den Klimawandel bedingte Verschärfung von Verteilungskonflikten sowie die grenzüberschreitende Entstehung und Verbreitung von extremistisch motivierter Gewalt.

Transnational agierende organisierte Kriminalität kann gedeihen, wo Milliardensummen innerhalb von Sekunden über den Globus transferiert werden. Gleichzeitig bestehen traditionelle Sicherheits Herausforderungen wie zwischenstaatliche (Großmacht-)Rivalitäten, bewaffnete Aufstandsbewegungen und der Zerfall und die Neugründung von politischen Ordnungssystemen und deren Gewaltmonopolen fort.

Ähnlich wie bei der massiven globalen Ungleichverteilung von Armut und Reichtum zwischen und innerhalb von Gesellschaften sind in den letzten Jahren neue Inseln der Sicherheit und Unsicherheit entstanden. Dieses Neben- und Miteinander von alten und neuen Sicherheitsrisiken markiert eine neue Unübersichtlichkeit der globalen Sicherheitslage, die im Ausdruck der »Welt aus den Fugen« eine passende Umschreibung gefunden hat. Vielleicht gehört es zum Teil dieser Gemengelage, dass das globale Wissen und technologische Potenzial zur Überwindung von

sicherheitspolitischen Problemen niemals höher gewesen ist als heute – aber es an Vertrauen und politischem Willen fehlt, kollektive Lösungen auszuhandeln und global durchzusetzen, wie das gegenwärtige Scheitern der nuklearen Abrüstung verdeutlicht.

Bei vielen Menschen erzeugt all das ein Gefühl der Unsicherheit und Orientierungslosigkeit. Verantwortungsbewusste Sicherheitspolitik muss diese Ängste ernst nehmen, darf sich aber keinen Überbietungswettbewerb mit populistischen Kräften bieten.

Auch in einer Welt im Umbruch bleiben die Kernprinzipien sozialdemokratischer Friedens- und Sicherheitspolitik zukunftsweisend – sowohl bei der Gestaltung der internationalen Beziehungen als auch der Wahrung des gesellschaftlichen Friedens. Nur eine verantwortungsvolle, engagierte und an Recht gebundene Politik, die Sicherheit in allen seinen Dimensionen versteht, kann nachhaltig und präventiv wirken. Zur Umsetzung dieser Ziele leistet die Friedrich-Ebert-Stiftung in ihrer sicherheitspolitischen Arbeit auf der nationalen, regionalen und internationalen Ebene wichtige Beiträge.

## Öffentliche Sicherheit als Voraussetzung für Demokratie und Entwicklung

Die Förderung von öffentlicher Sicherheit ist ein zentraler Bestandteil unserer Arbeit der Demokratieförderung. Wenn das Ziel sozialer Gerechtigkeit ein freies und selbstbestimmtes Leben für jede und jeden ist, umfasst es ein sicheres soziales Umfeld, einen funktionierenden Sozialstaat ebenso wie einen intakten Rechtsstaat. Entsprechend nimmt die Friedrich-Ebert-Stiftung soziale und innere Sicherheit gleichermaßen in den Blick.



Internationale Studien geben uns recht: Unter Lebensbedingungen, bei denen die Sicherheit von Frauen, Männern und Kindern in permanenter Gefahr ist, ist nachhaltige Entwicklung kaum oder nur eingeschränkt möglich.

Bei der Umsetzung unserer Arbeit in Deutschland wie auch im Ausland bedeutet dies, dass wir nicht nur gemeinsam mit unseren Partnern Ideen entwickeln, wie effiziente und demokratisch kontrollierte Sicherheitsapparate aufgebaut und weiterentwickelt werden, sondern auch, wie Fragen von öffentlicher Sicherheit aus der Perspektive von Prävention, Geschlechtergerechtigkeit, Opferschutz, der Gestaltung des öffentlichen Raumes oder der Weiterentwicklung des Rechtsstaates bearbeitet werden sollten.

### Europäisch-transatlantischer Dialog für mehr gemeinsame Sicherheit und weniger Rüstungswettläufe

Eine zivilisierte Konfliktbewältigung braucht einen gemeinsam beschlossenen und verbindlichen Rechtsrahmen, der Regeln für die internationale Zusammenarbeit vor allem auf dem Feld der Sicherheitspolitik festlegt. Aus diesem Grund ist es ein Kernanliegen sozialdemokratischer Friedens- und Sicherheitspolitik, internationale Organisationen zu stärken – allen voran die Vereinten Nationen, aber auch regionale Kooperations- und Dialogbündnisse wie die Afrikanische Union und die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE).

Im zwischenstaatlichen Verhältnis ist die aktuelle Situation geprägt durch neue Spannungen und Aufrüstungsdynamiken. Dies führt gerade mit Blick auf die deutsche Friedens- und Sicherheitspolitik zu neuen Herausforderungen. Hier gilt es aus deutscher Perspektive, einerseits die stabilisierende Funktion des transatlantischen Bündnisses zu bewahren und

die eigenständige Verteidigungsfähigkeit der Europäischen Union zu verbessern und stärker zu integrieren. Andererseits muss darauf geachtet werden, die existierenden regionalen Spannungen nicht zu verschärfen, keine neuen Rüstungswettläufe zu befeuern und Völkerrecht und internationale Organisationen kollektiver Sicherheit zu stärken. Um hierzu einen Beitrag zu leisten, setzt die FES auf vertrauensfördernde bi- und multilaterale Dialogansätze innerhalb der EU, im transatlantischen Verhältnis und im Gespräch mit Russland. Ziel ist es, ein besseres wechselseitiges Verständnis der sicherheitspolitischen Interessen und Bedrohungswahrnehmungen zu erlangen und einen Beitrag zur Entwicklung von gemeinsamen sicherheitspolitischen Ansätzen zu leisten. Allen voran die Büros in den europäischen Hauptstädten, in Washington und Moskau sowie die regionalen Dialogknoten in Brüssel und Wien koordinieren diese Arbeit in enger Abstimmung mit der Zentrale in Berlin. ●



**Konstantin Bärwaldt** ist Referent für Globale Friedens- und Sicherheitspolitik.



**Marius Müller-Hennig** ist Referent für Europäische Außen- und Sicherheitspolitik.



**Jan Niklas Engels** ist Referent für die Themen Innere Sicherheit, empirische Sozialforschung, Religion und Politik.

# »Es gibt keine richtigen Hände für die falschen Waffen«

Von Alexander Kmentt

Der Nukleare Nichtverbreitungsvertrag (NVV), der als Grundpfeiler des nuklearen Abrüstungs- und Nichtverbreitungsregimes gilt, wird im kommenden Jahr 50 Jahre alt. Viel zu feiern wird es allerdings bei der einmonatigen Überprüfungskonferenz im April 2020 in New York nicht geben. Im Gegenteil. Zwar werden die Staatenvertreter bemüht sein, die unbestreitbaren historischen Verdienste des NVV und ihre fortbestehende Unterstützung für den Vertrag zu betonen. Dies kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass das über Jahrzehnte aufgebaute Regime bi- und multilateraler Verträge zur Kontrolle von Nuklearwaffen akut vom Zusammenbruch bedroht ist. Die berühmte »Endzeituhr« – auf Englisch *doomsday clock* –, die die Gefahr eines Atomkriegs angibt, steht seit Anfang 2019 auch auf zwei Minuten vor Mitternacht; Ausdruck einer nuklearen Bedrohung wie zuletzt in den Achtzigerjahren.

Die Herausforderungen für das Nuklearregime beschränken sich keineswegs auf die »Proliferationsfälle« Nordkorea und Iran. Zwischen Ost und West bestehen Spannungen, wie seit dem Kalten Krieg nicht mehr. Die bilateralen Abrüstungsverhandlungen zwischen den USA und Russland, die zusammen über neunzig Prozent der globalen Nuklearwaffenbestände besitzen, stagnieren. Das Außerkraftsetzen des INF-Vertrags über nukleare Mittelstreckensysteme im August 2019 durch die USA und Russland unter gegenseitigen Vorwürfen der Vertragsverletzung ist da der vorläufige Höhepunkt. Alle Nuklearwaffenstaaten investieren langfristig in die Modernisierung ihrer Arsenale. Wie dies mit der insbesondere im NVV gegebenen Abrüstungsverpflichtung vereinbar sein soll, können sie allerdings nicht erklären.

Wir befinden uns bereits inmitten eines neuen nuklearen Rüstungswettlaufs, allerdings mit mehr Akteuren und einer viel komplexeren geopolitischen Gemengelage als zur Zeit des Kalten Krieges. In vielen Konfliktkonstellationen und strategischen Rivalitäten sind Kernwaffen mit im Spiel und Teil einer nuklearen Abschreckungskalkulation. Dass durch diese Multiplikation die Risiken eines Einsatzes, sei es aus Absicht oder aufgrund eines Irrtums, durch menschliches oder technisches Versagen oder etwa eines Cyberangriffs, exponentiell steigen, liegt auf der Hand.

Wir wissen heute, dass die globalen humanitären Auswirkungen eines Einsatzes von Nuklearwaffen noch katastrophaler wären als bislang angenommen. Ebenso sind die Risiken, die mit dem Besitz dieser Waffen einhergehen, letztlich nicht kontrollierbar und steigen mit der weiteren nuklearen Verbreitung. Das Vertrauen in eine von Nuklearwaffen gewährleistete



Stabilität ist daher vielleicht nicht mehr als ein Glücksspiel, das letztlich auf einer Sicherheitsillusion aufbaut.

Vor zwei Jahren haben 122 Staaten diese Argumentation in einem völkerrechtlichen Totalverbot von Kernwaffen umgesetzt. Dieser Atomwaffenverbotsvertrag wird von den Nuklearwaffenstaaten und auch von der NATO bislang heftig kritisiert, vielleicht gerade weil er den Schritt weg von der nuklearen Abschreckungslogik setzt. Sein Fokus ist nicht, wer die Waffen besitzen darf, sondern ein Verbot der Waffen selbst wegen ihrer inakzeptablen humanitären Konsequenzen. Der ehemalige UN-Generalsekretär Kofi Annan formulierte dies treffend: »Es gibt keine richtigen Hände für die falschen Waffen.«

Die Weggabelung, an der wir heute stehen, ist entweder ein Rückfall in die prekäre Logik der nuklearen Abschreckung oder ein Hinterfragen, ob dieses Dogma tatsächlich als Fundament der globalen Sicherheitsarchitektur im 21. Jahrhundert geeignet ist. Das völkerrechtliche Verbot dieser inhumansten Waffengattung mit seiner zwingenden humanitären Argumentation bietet einen neuen, nachhaltigen und »realpolitisch« vernünftigen Weg, eine Abkehr von Kernwaffen zu ermöglichen. Es ist dringend an der Zeit, diese Diskussion zu führen, bevor es vielleicht zu spät ist. ●



**Alexander Kmentt** ist ein österreichischer Karrierediplomat und Sicherheitspolitik-Experte. Er ist momentan auf einem Forschungs-Sabbatical und Senior Visiting Research Fellow am King's College, London.

# Weckruf für Europa

## Das »Sicherheitsradar 2019«

Von Simon Weiss

**A**ngesichts einer an vielen Stellen gleichzeitig erodierenden Sicherheitsordnung in Europa hat das Regionalbüro der FES für Zusammenarbeit und Frieden in Europa (ROCPE) für die Studie »Sicherheitsradar 2019. Weckruf für Europa!« die Bürgerinnen und Bürger in ausgewählten Staaten Europas befragt. Die Ergebnisse basieren auf repräsentativen Umfragen in Frankreich, Deutschland, Lettland, Polen, Russland, Serbien und der Ukraine. Zusätzlich zu diesen Daten wurden in jedem Land Expertengruppendiskussionen durchgeführt, um die gewonnenen Ergebnisse einordnen zu können.

**In diesen sieben Ländern leben rund 380 Millionen Menschen – mehr als die Hälfte der gesamten europäischen Bevölkerung. In Form von Telefoninterviews, durchgeführt vom Umfrageinstitut Ipsos, wurden die Probanden zu folgenden Themenfeldern befragt:**

- Wahrnehmung der sicherheitspolitischen Bedrohungslage,
- Einstellung und Vertrauen zu zentralen Institutionen,
- Einstellungen und Werthaltungen zum Thema europäische Sicherheitspolitik,
- Einstellungen zur nationalen Identität,
- Perspektiven der Entwicklung europäischer Sicherheitspolitik.

Herausgekommen ist ein sehr umfangreicher Datensatz, dessen vollständige wissenschaftliche Auswertung noch andauert. Präsentiert wurde das »Sicherheitsradar 2019« erstmals bei der diesjährigen Münchner Sicherheitskonferenz, wobei eine Reihe der Studienergebnisse vorab im Konferenzreport abgedruckt wurde. Weitere Präsentationen fanden mit Teilnahme des Generalsekretärs der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) Thomas Greminger in Wien statt sowie in allen Staaten, in denen die Umfrage durchgeführt wurde.

Zwei Ergebnisse der Studie stechen hervor. Erstens das Resultat der Frage: »Gibt es aus Ihrer Sicht ein Land oder mehrere Länder, die für (LANDES-NAME) eine Bedrohung darstellen? Wenn ja, bitte nennen Sie mir dieses Land oder diese Länder.«

Die große Überraschung hier ist, dass die USA in Deutschland und Frankreich als bedrohlichster Akteur genannt werden, vor Russland und weiteren Staaten.

Eine große Herausforderung für die Sicherheitspolitik im gesamten Europa, stellt die Haltung der Menschen dar, die zustimmten, »ihr Land habe im Vergleich zu anderen Staaten nicht den Stellenwert, den es verdient«

So sind 85% der Serben sehr besorgt um den Stellenwert des eigenen Landes, auf der anderen Seite sind 71% der Deutschen recht entspannt, wenn es um den Status ihres Landes geht. Bemerkenswert ist, wie besorgt die polnische und lettische Bevölkerung im Vergleich zu Frankreich und Deutschland eingestellt sind. In dieser Frage scheinen sie ihre Unzufriedenheit mit ihren postsozialistischen Nachbarn zu teilen. Diese Ergebnisse berühren viele Bereiche der Innen- und Außenpolitik dieser Staaten und haben somit eine hohe Relevanz für die Europapolitik. Diese Botschaft neben anderen Analysen aus dem Sicherheitsradar an die Entscheidungsträger zu kommunizieren, ist die Aufgabe des Wiener Regionalprojekts.

Die Präsentation und Diskussion der Ergebnisse des Sicherheitsradars gegenüber verschiedenen Entscheidungsträgern in ganz Europa dienen dem Wiener Regionalprojekt als Basis für die Entwicklung von Politikempfehlungen zur europäischen Sicherheitspolitik. ●



**Simon Weiss** ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter, FES Regionalbüro für Zusammenarbeit und Frieden in Europa, Projektkoordinator für sicherheits- und verteidigungs-politische Aspekte in der Region und Fragen der Rüstungskontrolle in Europa.

# Gräben überbrücken

## Auf dem Weg zu einer europäischen Verteidigungsunion

Von Sidonie Wetzig

**N**och vor wenigen Jahren schien die Idee einer europäischen Armee für die in einer Integrationskrise steckende EU als zu ambitioniert und nur von hoffnungslosen Föderalisten herbeigeträumt. Die Annexion der Krim durch Russland, die andauernden Konflikte in der südlichen Nachbarschaft, der Aufstieg Chinas und die widersprüchlichen Signale aus dem Weißen Haus stellen die EU vor vollkommen neue sicherheitspolitische Herausforderungen.

Eine Antwort auf diese Entwicklungen ist die 2016 vorgelegte »Globale Strategie« der EU zur Schaffung einer eigenen, unabhängigeren Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Als konkrete Projekte folgten daraus die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (Permanent Structured Cooperation – PESCO), der Europäische Verteidigungsfond (EVF) und der Jahresbericht zur Verteidigung (CARD – Coordinated Annual Review on Defence). Diese institutionellen Anpassungen sind erste Schritte auf dem Weg zu einer europäischen Verteidigungsunion. Die Entschlossenheit bei deren Umsetzung zeugt von einem gestärkten Bewusstsein, dass sich Europa für neue sicherheitspolitische Unwägbarkeiten wappnen muss.

Im Zusammenhang mit dem neu aufgelegten EVF, mit dem die europäische Verteidigungsindustrie wettbewerbsfähiger gemacht und der gemeinsame Markt gestärkt werden soll bedeutet dies, den Prozess so zu steuern, dass die Europäisierung des Rüstungsmarkts mit einer wirksamen Rüstungsexportkontrolle verknüpft wird und dabei nationale und europäische Interessen ausgelotet und kompatibel gemacht werden.

Auf internationaler Ebene gilt es, neue Wege für eine nachhaltige multilaterale Politik zu finden. Hier trägt die FES Brüssel gemeinsam mit dem FES-Büro Washington dazu bei, den ins Stocken geratenen transatlantischen Dialog um neue Gesprächsfäden

und -partner zu erweitern und damit am Leben zu erhalten. Aktivitäten mit Zivilgesellschaft und Politik, die den Austausch zu Nachhaltigkeitspolitik, Datenschutz und Rechtsstaatlichkeit fördern, werden auf beiden Seiten des Atlantiks als wichtige Bausteine für eine bessere Zusammenarbeit erachtet.

Auf dem Gebiet der Abrüstungs- und Rüstungskontrolle entwickelt das Europabüro Ideen, wie die scheinbar unüberwindbaren Gräben zwischen absoluten Atomwaffengegnern und den Befürwortern einer begrenzten atomaren Aufrüstung überbrückt werden können und der Fokus auf eine breite öffentliche Debatte möglicher humanitärer und umweltbezogener Folgen einer atomaren Auseinandersetzung gelenkt werden kann.

Das Anliegen der Friedrich-Ebert-Stiftung ist es, die EU weiterhin in ihrer Rolle als »soft power« zu stärken und dazu beizutragen, die gemeinsame europäische Verteidigungspolitik als Teil einer wertereilten und friedensorientierten Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu erhalten. ●



**Sidonie Wetzig** ist Referentin für Außen-, Sicherheit- und Verteidigungspolitik sowie Global Governance, FES Europabüro Brüssel.

# Tiefe Spaltung der Weltgemeinschaft

## Deutschland im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen

Von Vanessa Victoria Tiede



Eine sehr aktuelle Herausforderung stellt auch die volatile Lage in Afghanistan dar, in der Deutschland zusammen mit Indonesien Resolutionen vorbereitet und zur Abstimmung vorlegt.

Wenig überraschend zeigt sich Deutschland auch als aktiver Fürsprecher der Menschen-, insbesondere Frauenrechte, und das gegenüber Sicherheitsratsmitgliedern wie China und Russland, die die Ansicht vertreten, dass Menschenrechte mit dem Kernmandat des Sicherheitsrats, der

**D**eutschland ist seit einem drei viertel Jahr sogenanntes nichtständiges Mitglied im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Zehn Staaten mit auf zwei Jahren begrenzter Mitgliedschaft stehen die fünf ständigen Mitgliedsstaaten (China, Frankreich, Großbritannien, Russland und die Vereinigten Staaten von Amerika) gegenüber. Diese haben nicht nur den Vorteil von nahezu 74-jähriger Arbeitserfahrung, ihre Zustimmung ist auch für jede Entscheidung des Sicherheitsrates notwendig. Uneinigkeit innerhalb dieser strukturell privilegierten Gruppe wirkt sich daher auf die Tätig- oder Untätigkeit des gesamten Gremiums aus.

Deutschland spielt im Libyen-Konflikt eine institutionell hervorgehobene Rolle als Vorsitz des seit 2011 existierenden entsprechenden Sanktionsausschusses des Sicherheitsrats. Der Sanktionsausschuss überwacht die Einhaltung der Maßnahmen – beispielsweise des Waffenembargos – und kann neue Maßnahmen initiieren.

Deutschland sitzt einem weiteren Sanktionsausschuss – für die Demokratische Volksrepublik Korea (Nordkorea) – vor. Die Arbeit als Vorsitz ist auch hier eine Herausforderung, da sich der Sanktionsausschuss mit vielen Ausnahmereisuchen zur Einfuhr sanktionierter Güter aus humanitären Gründen auseinandersetzen hat.

Aufrechterhaltung von Weltfrieden und internationaler Sicherheit, wenig zu tun haben. Im Zusammenhang mit diesem Mandat legt Deutschland auch großen Wert auf die Betrachtung der Folgen des Klimawandels in Konfliktsituationen.

Deutschland hat international den Anspruch, als Brückenbauer zu agieren – ob das in den ersten neun Monaten ihrer Sicherheitsratsmitgliedschaft auch in Bezug auf die fünf ständigen Mitglieder gelungen ist, ist noch nicht zu beurteilen, aber angesichts der tiefen Spaltung der Weltgemeinschaft, die sich im UN-Sicherheitsrat widerspiegelt, auch vielleicht nicht zu erwarten. ●



**Vanessa Victoria Tiede** ist Policy Analyst in New York für Security Council Report. Security Council Report (SCR) informiert unabhängig und unparteiische an der Schnittstelle von Thinktank und Journalismus über die Arbeit des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen, [securitycouncilreport.org](http://securitycouncilreport.org).

# Große Mächte, großer Gesprächsbedarf

## Multilaterale Dialogformate und Netzwerke

Von Marius Müller-Hennig

**D**ie Kündigung des INF-Vertrages, der bis zuletzt die Stationierung nuklear bestückter Mittelstreckenwaffen in Europa verbot, war einer der sicherheitspolitischen »Aufreger« des Jahres 2019.

Dadurch sehen sich Deutschland und Europa erheblichem Druck ausgesetzt: Die sich verschlechternden Beziehungen zwischen den Supermächten haben direkte, negative Auswirkungen auf die Sicherheit Europas. Erschwerend kommen aber auch zunehmend komplizierte und teilweise angespannte Beziehungen Deutschlands und Europas zu den beiden Großmächten selbst hinzu, ebenso wie unterschiedliche Perspektiven und Interessen in Fragen der »Global Governance«.

Doch je schwieriger diese Verhältnisse werden, desto größer ist auch der Gesprächsbedarf. Hier setzt die FES mit Dialog- und Vernetzungsplattformen wie dem Netzwerk »Globale Atlantiker« und den »Schlangensbader Gesprächen« an. Dabei zahlt es sich aus, dass durch die kontinuierliche Arbeit in langen Jahren Vertrauen und Netzwerke aufgebaut werden konnten, die heute helfen, einen ernsthaften Dialog aufrechtzuerhalten.

In beiden Formaten stellt sich allerdings die Herausforderung, neben dem Erhalt langjähriger Dialogkanäle auch neue, junge Entscheidungsträger einzubinden und damit ihre Nachhaltigkeit zu sichern. Gleichzeitig ergibt sich gerade in Zeiten eines global (wieder) erstarkenden Nationalismus der Bedarf, neue, multilaterale Dialogformate und Netzwerke zu entwickeln.

Angesichts der internationalen Dynamiken ist davon auszugehen, dass zwar der Bedarf für einen konstruktiven Dialog mit den Großmächten zunimmt, die Bereitschaft hierzu aber eher abnimmt. Daher arbeitet die FES mit Hochdruck daran, ihre internationalen Dialogformate für diese turbulenten Zeiten wetterfest und zukunftsfähig zu machen. ●

→ Mehr dazu: <https://www.ipg-journal.de/schwerpunkt-des-monats/zukunft-der-transatlantischen-beziehungen/artikel/detail/worauf-es-jetzt-ankommt-2490/>



**Marius Müller-Hennig** ist Referent für Europäische Außen- und Sicherheitspolitik.

### Bilaterale Dialoge

Deutschland ist »umzingelt von Freunden«. Wir teilen mit unseren näheren und fernerer europäischen Nachbarn und Verbündeten viele Werte und Interessen – allen voran das Interesse daran, das Friedensprojekt Europa auch in Zukunft zu sichern und einen Beitrag zu Frieden und Sicherheit weltweit zu leisten. Gleichzeitig unterscheiden sich die historischen Erfahrungen, die Bedrohungswahrnehmung und auch die praktische Sicherheits- und Verteidigungspolitik weiterhin merklich von Land zu Land. Vor diesem Hintergrund investiert die FES – teilweise schon seit Jahrzehnten – gezielt in bilaterale Dialogformate, um die unterschiedlichen Perspektiven abzugleichen und das wechselseitige Verständnis und Vertrauen zu fördern.

Progressive Abgeordnete, Expert\_innen aus Ministerien, Thinktanks und Zivilgesellschaft diskutieren in Paris im »Cercle Strategique«, in Warschau als deutsch-polnisches Sicherheitstreffen und in London im Rahmen des deutsch-britischen Verteidigungsdialogs. In 2019 war das Verhältnis und die Balance zwischen EU- und NATO-basierten Formen der Zusammenarbeit in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik Gegenstand der Runden. Zudem stand sowohl beim »Cercle Strategique« als auch im deutsch-britischen Verteidigungsdialog das brandaktuelle Thema der Rüstungsexporte in den Nahen und Mittleren Osten auf der Agenda.



Mit dem Themenfeld »Frieden, Sicherheit und Soziale Demokratie« beschäftigt sich auch das »Lesebuch der Sozialen Demokratie 8«, das die normativen Grundlagen einer Friedens- und Sicherheitspolitik der Sozialen Demokratie skizziert. Das Lesebuch beschreibt Ansätze für eine Friedensstrategie, die auf den Pfeilern Prävention, Abrüstung und Entwicklung beruht. Es werden vier Themen im Detail beleuchtet: Frieden durch mehr Gerechtigkeit, Frieden durch Entwicklung, die Rolle von Gender in bewaffneten Konflikten und nukleare Abrüstung und Nichtverbreitung von Atomwaffen. Die Lesebücher der Sozialen Demokratie wollen Begriffe klären, Hintergründe erläutern, Positionen verdeutlichen, Theorien verständlich machen und dem Leser und der Leserin so helfen, eigene Positionen und eigene Antworten zu finden.

→ <http://library.fes.de/pdf-files/akademie/14343.pdf>



POLITIKBEOBACHTUNG

# Lektionen für Frauen, Frieden und Sicherheit

## 20 Jahre UN-Sicherheitsratsresolution 1325

Von Sarah Taylor

**D**ie internationale Gemeinschaft bereitet sich darauf vor, 2020 den 20. Jahrestag der ersten Resolution des UN-Sicherheitsrates (UNSR) über »Frauen und Frieden und Sicherheit« (Resolution 1325) zu begehen. Die Resolution bezieht sich geschlechtsspezifisch auf Konfliktprävention, Schutzanliegen in Konflikten, Menschenrechtsabkommen, die Beteiligung von Frauen auf allen Ebenen der Friedensförderung und -konsolidierung sowie die Rolle von Frauen beim Wiederaufbau nach Konflikten. Jede Problematik oder Ländersituation, die der UN-Sicherheitsrat betrachtet, hat eine »Frauen, Frieden und Sicherheit«-Dimension.

Wie hochpolitisch diese Agenda ist und wie sehr Friedens- und Sicherheitsfragen sowie die Rechte von Frauen miteinander verwoben sind, zeigte sich einmal mehr in den Verhandlungen während des deutschen Vorsitzes des UNSR im April 2019 über die Resolution 2467 zu sexueller Gewalt in Konflikten.

So schlug der ursprüngliche Resolutionsentwurf einige Verbesserungen vor, beispielsweise zur Einrichtung eines neuen formalen Mechanismus innerhalb des Sicherheitsrates, um sexuelle Gewalttäter in Konflikten zur Verantwortung zu ziehen. Ebenso sollten Verteidiger\_innen von Frauenrechten sowie die Rechte von lesbischen, schwulen, bisexuellen und transsexuellen Menschen, die von Konflikten betroffen sind, gestärkt werden. All diese Entwürfe sind im Laufe der Verhandlungen verloren gegangen.

Das Ringen um die Resolution 2467 steht repräsentativ für größere und umfassendere Herausforderungen.

Sie zeigen nicht nur, wo wir bei den Frauenrechten, sondern auch insgesamt bei Menschenrechten stehen. Sie machen außerdem deutlich, dass der UNSR neben weiteren Machtzentren nur eine der Institutionen des multilateralen Friedens- und Sicherheitsgefüges ist. Der UN-Sicherheitsrat ist wichtig, aber er ist nicht allmächtig.

Der bevorstehende 20. Jahrestag der Resolution 1325 des UNSR ist ein Zeitpunkt, den Regierungen und das multilaterale System als Anlass zu Verpflichtungen nehmen sollten: finanzielle, politische und programmatische. So bietet beispielsweise die Rolle Deutschlands als Co-Vorsitzender der Informellen Expertengruppe (IEG) zu »Frauen, Frieden und Sicherheit« eine Gelegenheit, die Informationen und Analysen zu Frauenrechten in bestimmten Ländern in jede Diskussion über diese Staaten im UN-Sicherheitsrat einzubringen. »Frauen, Frieden und Sicherheit« ist in jedem Land von Bedeutung, das konfliktgefährdet ist, sich in einem Konflikt befindet oder von einem erholt. Es geht hier nicht um ein Jubiläum, auch wenn es ein 20-jähriges ist. Es geht um den grundlegenden Zusammenhang zwischen den Rechten von Frauen und der Konfliktprävention und Konfliktlösung. ●



Sarah Taylor ist verantwortlich für die Arbeit des International Peace Institute (IPI) zu Frauen, Frieden und Sicherheit.



## VERMITTLUNGSBEMÜHUNGEN

# Über Bande spielen Afrikanische Perspektiven im UN-Sicherheitsrat

Von Volker Lehmann

**Z**wei Drittel aller UN-Friedensoperationen finden auf dem afrikanischen Kontinent statt. Dennoch sind zivilgesellschaftliche Akteure aus afrikanischen Ländern selten mit am Tisch, wenn der Sicherheitsrat über die Mandatierung von Blauhelmissionen entscheidet.

Damit aktuelle Informationen und relevante zivilgesellschaftliche Stimmen aus der Arbeit der FES aus den betroffenen Regionen zu den UN-Diplomaten gelangt, hat das New Yorker Büro der FES »Perspectives from Africa« ins Leben gerufen.

So wurde im März unmittelbar während der Sicherheitsratsberatungen für die Verlängerung des Mandats der UN-Mission in Südsudan (UNMISS) eine hochkarätige zivilgesellschaftliche Beratergruppe von der FES Südsudan eingeladen, ausgewählten Sicherheitsratsmitgliedern Vorschläge für eine nachhaltige Konfliktresolution zu präsentieren.

In einer Veranstaltung zusammen mit den Botschaften Deutschlands und Polens, beide momentan im Sicherheitsrat, wurde das zwiespältige Verhältnis Südsudans zu den Nachbarstaaten thematisiert. Zwar ist ihre Beteiligung erwünscht, aber Destabilisierung droht, wenn sie die unterschiedlichen Seiten des Konflikts unterstützen.

Deutlich wurde auch der politische Freiraum, den diese Debatte bei der UN für den Friedensprozess darstellt, denn ein solcher Austausch mit zivilgesellschaftlichen Vertretern wäre beim augen-

blicklichen politischen Klima im Südsudan nicht möglich gewesen.

Darüber hinaus stellte Ende Juni das Büro der FES in Mali die Ergebnisse ihrer landesweiten Meinungsumfrage »Mali-Mètre« vor, rechtzeitig bevor der Sicherheitsrat über die Verlängerung der UN-Blauhelmission in Mali (MINUSMA) entscheiden musste.

Der Nutzen solcher Informationen für die Diplomaten wurde bei den anschließenden Verhandlungen der Resolution zur Mandatsverlängerung deutlich. Denn obwohl die USA ursprünglich den Einsatz um 800 Truppen kürzen wollte, beschloss der Sicherheitsrat die Weiterführung der Mission in alter Größe und somit auch die Unterstützung des 2015er Abkommens für Frieden und Versöhnung.

Das Fazit aus beiden Veranstaltungen: Über Bande spielen lohnt sich. Zivilgesellschaftliche Perspektiven aus der FES-Länderarbeit können im Wechselspiel mit dem UN-Sicherheitsrat wiederum Friedensprozesse in Afrika unterstützen. ●



**Volker Lehmann** ist Senior Policy Analyst für Friedens- und Sicherheitspolitik im New Yorker Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung.

# »Security for all«

## Sicherheitssektorreform in West- und Zentralafrika

Von Philipp Goldberg und Kirsten Schönefeld

**B**isher hat die internationale Entwicklungszusammenarbeit im Bereich der Sicherheitssektorreform vor allem einen technischen Ansatz verfolgt: Ausstattung und Ausbildung von Polizei und Militär stehen im Vordergrund, verbunden mit der Hoffnung, dass diese zu einer höheren Qualität in der Gewährleistung von Sicherheit für die Bürger\_innen führen. Die Probleme im Sicherheitssektor in West- und Zentralafrika aber sind vielfältig: Sie reichen von fehlender personeller und technischer Ausstattung, unzureichender Ausbildung bis hin zu Korruption und Misshandlungen.

Vor diesem Hintergrund führt die FES seit Frühjahr 2019 im westlichen Afrika und in Kamerun ein von der EU kofinanziertes Projekt zu demokratischer Regierungsführung und Reform im Sicherheitssektor (SSR/SSG) durch.

Ziel ist es, den Sicherheitssektor in Mali, Nigeria, Kamerun und Senegal sowie in weiteren Teilen der ECOWAS-Region gerechter und transparenter zu machen und die Rechenschaftspflicht der Sicherheitskräfte gegenüber der Bevölkerung zu erhöhen. Gesteuert wird das Regionalprojekt aus Dakar (Senegal) vom dortigen Peace and Security Competence Center Sub-Saharan Africa.

Im Mittelpunkt des Projektes stehen der Kapazitäts- und Kompetenzaufbau und die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft. Zielgruppen und Projektpartner sind Medien, Akademiker\_innen und politische Entscheidungsträger\_innen. Die Sicherheitssektorreformen sollen sich an den Bedürfnissen der Bevölkerung ausrichten. Nichtregierungsorganisationen sollen zunehmend an öffentlichen Debatten, an Entscheidungsprozessen sowie am öffentlichen Monitoring des Sicherheitssektors beteiligt werden.

Die Arbeitsweise ist dabei eine regionale, nationale und lokale zugleich. Die Aktivitäten auf diesen verschiedenen Ebenen ergänzen einander, sodass

Synergien erzeugt werden. Wichtig ist auch der Austausch zwischen den beteiligten Ländern, um eine stärkere Lobby für eine demokratisch gestaltete Sicherheitssektorreform in der gesamten Region westliches Afrika und in der ECOWAS zu schaffen.

Im ersten Projektjahr 2019 geht es nun zunächst darum, die Grundlagen zu schaffen: Eine regionale Baseline Study ist bereits erstellt, eine regionale feministische Plattform sowie ein Barometer zur Sicherheitssektorreform sind im Entstehen. Damit werden die Voraussetzungen für eine vertrauensbasierte Zusammenarbeit der Projektpartner aus den verschiedenen Ländern gelegt. In den kommenden Jahren wird es dann darum gehen, Kapazitäten und Kompetenzen zivilgesellschaftlicher Akteure, einschließlich Gewerkschaftler\_innen, aufzubauen und ein kontinuierliches und gemeinsames Monitoring der Sicherheitssektoren durchzuführen sowie Handlungs- und Politikempfehlungen zu formulieren. ●



Von **Philipp Goldberg**, Peace and Security Competence Center Sub-Saharan Africa, und **Kirsten Schönefeld**, ist Referentin im Arbeitsbereich Frieden und Sicherheit des Afrika-Referats der FES.

# Hoffnung auf Veränderungen

## Die Sicherheitslage am Horn von Afrika

Von Abdeta D. Beyene

**E**in noch nie da gewesener frischer Wind weht am Horn von Afrika und bringt Hoffnungen, Erwartungen und Ängste mit sich. Diese Entwicklungen umfassen Veränderungen in Äthiopien und Annäherungen zwischen Äthiopien und Eritrea, Präsident Al-Bashirs Sturz im Sudan, eine neue regionale Integration zwischen Eritrea, Äthiopien und Somalia und die Vereinbarung zwischen dem Transitional Military Council (kurz: TMC = Militärischer Übergangsrat) und dem Bündnis Forces for Freedom and Change zur Bildung einer vereinigten zivilen Regierung im Sudan. Angesichts der Auseinandersetzungen zwischen lokalen, regionalen und globalen Akteuren wecken diese Veränderungen Hoffnungen, aber auch Befürchtungen. Überregionale Themen beinhalten Streitfragen zwischen den Golfstaaten und die Übertragung ihres Konflikts auf das Horn von Afrika, zum Kampf über die Bewirtschaftung des Nilwassers und der Bau des größten afrikanischen Staudamms.

Deshalb muss die Region ihre Probleme in den Griff bekommen und die Rolle des ostafrikanischen Staatenbündnisses IGAD (Intergovernmental Authority on Development) aufwerten, sodass dieses in der Lage sein wird, die Veränderungen konfliktfrei zu verknüpfen, die Mitgliedsstaaten zusammenrücken zu lassen und damit die Lebensqualität der Bevölkerung in der Region zu verbessern. ●

### Wichtige Faktoren zur Beurteilung der Entwicklungspotenziale in der Region:

- Die Rückkehr Eritreas aus der selbst auferlegten Abschottung schuf eine einmalige Chance für Frieden und Entwicklung für die gesamte Region.
- Die Nachhaltigkeit der Veränderungen im Sudan ist von der Art und Weise abhängig, wie externe Partner den Prozess unterstützen
- Die Anstrengungen des Sudan und Ugandas zu einer Wiederbelebung des Friedensprozesses im Südsudan scheinen zu stagnieren.
- Zum ersten Mal verfolgen Äthiopien und Kenia konkurrierende Strategien gegenüber Somalia – und legten den seit Jahrzehnten bestehenden gemeinsamen Verteidigungspakt zu den Akten
- Die Golfstaaten dehnen ihre Geschäftsinteressen am Horn von Afrika aus, speziell im Sudan und in Somalia.



**Abdeta Beyene**, ein ehemaliger äthiopischer Diplomat, ist Geschäftsführer des Center for Dialogue, Research and Cooperation in Addis Ababa.

# Fehlender Wille

## Der Friedenprozess im Südsudan

Von Edmund Yakani

**S**eit Erlangung der Unabhängigkeit vom Sudan am 9. Juli 2011 ist die Bevölkerung des Südsudans Zeuge eines schwierigen Übergangs zur Eigenstaatlichkeit geworden. 2013 hat die höchst angespannte politische Lage einen Bürgerkrieg ausgelöst, Bevölkerungsgruppen gespalten, Millionen vertrieben und die Entwicklung erheblich behindert. 2015 wurde das »Agreement on the Resolution of the Conflict in the Republic of South Sudan« (ARCSS = Abkommen zur Konfliktbewältigung in der Republik Südsudan) von Führern der Regierung und der Opposition unterzeichnet. Damit wurde eine Übergangsregierung eingesetzt, Sicherheitsvereinbarungen wurden getroffen und so wurde der Weg für eine Übergangsjustiz geebnet. Jedoch haben die gewalttätigen politischen Auseinandersetzungen in Juba im Jahr 2016 die Umsetzung dieses Friedensabkommens zum Scheitern gebracht, bis im September 2018 ein Revitalized Agreement (Revitalisiertes Abkommen = R-ARCSS) unterzeichnet wurde.

Seit dem Abschluss des R-ARCSS im September 2018 hat sich in der Bevölkerung der Wunsch nach Frieden immer stärker artikuliert. Eine Vielzahl von Wiederannäherungen führte zu einer größeren Freizügigkeit der Zivilbevölkerung, öffnete die Verkehrswege zu Lande und zu Wasser und ließ lokale Märkte aufleben.

Gleichwohl fühlen sich die Bürgerinnen und Bürger nicht ausreichend in den Friedensprozess eingebunden. Eine vollständige und nachhaltige Umsetzung des Friedensabkommens ist jedoch in hohem Maße von deren Beteiligung abhängig.

Wesentliche Bedingung für eine termingerechte Umsetzung des R-ARCSS Friedensabkommens ist der politische Wille und das Engagement der Vertragsparteien. Jedoch zeigen die Spitzen der politischen Parteien wenig Initiative. Daran wird deutlich, dass die Hauptakteure noch nicht die entsprechende Haltung für eine Zusammenarbeit zum Wohle der Gesellschaft gefunden haben. ●



**Edmund Yakani** ist Gründer und Direktor der Community Empowerment for Progress Organization (CEPO). Er ist Mitglied der »South Sudan Reflection Group«, die die FES ins Leben gerufen hat.



## INTERVIEW

# Terrorismus, Extremismus, illegale Migration Zur sicherheitspolitischen Situation in Mali

Fragen an Philipp Goldberg und Abdourhamane Dicko

**In Mali sind inzwischen 13.000 UN-Soldaten und weitere internationale Truppen im Einsatz, doch Sicherheit scheinen sie allenfalls nur in einzelnen Teilen des riesigen Landes schaffen zu können. Wo seht ihr die größten Herausforderungen für die öffentliche und menschliche Sicherheit im Land?**

Der FES-Meinungsumfrage »Mali Mètre« zufolge sind alle Regionen Malis mit genereller Unsicherheit konfrontiert, jedoch ist der Norden und Zentralmali in ganz besonderem Maße davon betroffen. Seit Ausbruch der Krise 2012 hat der malische Staat es nicht geschafft, dschihadistische Gruppen zurückzudrängen. Teilweise treten diese terroristischen Vereinigungen sogar an die Stelle des abwesenden Staates. Mali ist dreimal so groß wie Deutschland und der Norden ist fast ausschließlich von Wüste bedeckt, Grenzkontrolle kann in diesen Regionen nur bedingt oder gar nicht gewährleistet werden.

In letzter Zeit kam es besonders im Zentrum Malis immer wieder zu gewalttätigen und tödlichen Auseinandersetzungen zwischen teils bewaffneten Gruppen, das malische Militär war meist abwesend.

Es muss dem malischen Staat gelingen, das Vertrauen der Menschen zurückzugewinnen, indem er eigenständig für innere Sicherheit und stabile Grenzen sorgt. Dafür braucht es sowohl gut ausgebildete staatliche Sicherheitskräfte als auch eine funktionierende öffentliche Infrastruktur.

**Sicherheitspolitisch engagiert sich Deutschland in Mali seit 2013 in unterschiedlichen Formaten: in der militärischen, zivilen und polizeilichen Zusammenarbeit im Rahmen der UN-Friedensmission MINUSMA, in EU-Programmen sowie bilateral. Welche Ziele und welche Strategie verfolgt die Bundesregierung zusammen mit ihren Partnern? Ist mit einem langwierigen Einsatz wie in Afghanistan zu rechnen?**

Deutschland engagiert sich in Mali sowohl im multilateralen Kontext durch die Beteiligung an der UN-Friedensmission MINUSMA, der EU-Trainingsmission zur Ausbildung der malischen Streitkräfte und der EU-Ausbildungsmission zur Stärkung der malischen Polizeistrukturen.

Deutschland hat sich seit der Unabhängigkeit Malis aber auch als verlässlicher bilateraler Partner in der Entwicklungszusammenarbeit vor allem in den Bereichen Dezentralisierung und gute Regierungsführung, Förderung einer produktiven und nachhaltigen Landwirtschaft sowie Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung erwiesen. Außerdem berät die Bundeswehr mit Unterbrechung bereits seit den 1970er-Jahren das malische Militär. Mali ist eines der ärmsten Länder der Welt und hat extreme Herausforderungen mit Terrorismus, Extremismus, illegaler Migration und Binnenflucht. Die Strategie der Bundesregierung liegt in der Unterstützung der UN-Mission sowie in der direkten Ausstattung,

Ausbildung und Ertüchtigung malischer Sicherheitskräfte. Dennoch sind die meisten Herausforderungen innerstaatlich und können schwer von internationalem militärischen Engagement beeinflusst werden.

Angesichts der Schwäche des malischen Staates und der anderen Sahelländer, der Schwierigkeiten bei der Budgetmobilisierung für die afrikanischen Antiterrorereinsatztruppe G5/Sahel, die mittelfristig den internationalen UN-Einsatz sowie die französische Antiterrorereingreiftruppe BARKHANE ablösen könnte, muss mit einem länger andauernden Einsatz gerechnet werden.

**Aus Sicht der Malierinnen und Malier gehören sozioökonomische Probleme zu den größten Herausforderungen ihres Landes – noch vor der Bedrohung ihrer Sicherheit. Das zeigt das aktuelle »Mali-Mètre«, eine landesweite repräsentative Umfrage, die die FES jedes Jahr durchführt. Stehen die Aussagen der Bürgerinnen und Bürger im Widerspruch zu der Annahme, dass Sicherheit die Grundbedingung für Entwicklung ist?**

Der in der Umfrage verwendete Sicherheitsbegriff bezieht sich eher auf die aktuelle Sicherheitslage Malis. Die Ergebnisse machen deutlich, dass es weitere Faktoren, die zur Krise Malis beitragen, gibt als nur Sicherheit. So sind die sozioökonomischen Herausforderungen im täglichen Leben, also z. B. die Abwesenheit des Rechtsstaates, der nicht barrierefreie Zugang zu Bildung, schlechte Straßen oder Korruption, ganz entscheidende Faktoren, die das Vertrauen der Menschen in staatliche Strukturen verringert haben.



Befragt wurden **Philipp Goldberg**, Leiter des FES-Büros in Bamako, und **Abdourhamane Dicko**, FES Mali.

Die Fragen stellte **Konstantin Bärwaldt**.

**Internationale Akteure legen vor allem einen Schwerpunkt auf Ausbildung und Ausstattung der Sicherheitskräfte. Besonders bedenklich ist diese Form der Unterstützung für das malische Militär, ohne dass ernsthafte Bemühungen zur Reform des Sicherheitssektors zu beobachten sind. Welche Maßnahmen wären zur Demokratisierung der Sicherheitskräfte notwendig?**

Die Sicherheitsreform ist ein klar vereinbartes Ziel im malischen Friedensvertrag von 2015. Neu ist, dass der Reformprozess nun mehr und mehr international als ein Globalansatz zur Krisenprävention für Mali diskutiert wird. Die Förderung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit kommen da leider oft zu kurz. Rechenschaftspflicht gegenüber der Öffentlichkeit oder gar die Kontrolle durch andere demokratische, nichtstaatliche Akteure oder Institutionen sind ganz neu in diesem Sektor. Jedoch ist es unabdingbar, die externe Kontrolle über die Sicherheitskräfte zu verstärken. Das geht vor allem über die Einbeziehung und die Förderung zivilgesellschaftlicher Organisationen und Verbände. Hier arbeitet die FES mit den politischen Parteien, Gewerkschaften, Frauenorganisationen, Jugendverbänden, Thinktanks und Universitäten zusammen. Viele unserer Partner wünschen sich mehr Austausch zwischen Militär und Zivilgesellschaft.

**Welche Ansätze können kleinere internationale Organisationen wie die FES verfolgen, um einen Beitrag zur öffentlichen Sicherheit und friedlichen Entwicklung des Landes zu leisten?**

Nächstes Jahr wird die Friedrich-Ebert-Stiftung seit 50 Jahren in Mali vertreten sein. Wir genießen hier ein sehr hohes Vertrauen in Politik und Gesellschaft und können das auch immer wieder für Dialoge sowohl auf regionaler und nationaler Ebene als auch international nutzen. Wenn wir die Ergebnisse unserer Meinungsumfrage Mali-Mètre hier in Bamako vorstellen, kommen nahezu alle in der Nationalversammlung vertretenen politischen Parteien und Bewegungen zusammen. Ende Juni haben wir die Ergebnisse beim UN-Sicherheitsrat in New York vorgestellt und dort die Mandatsverlängerung der UN-Friedensmission auch mit zivilgesellschaftlichen Vertreterinnen und Vertretern intensiv diskutiert. Mit dem regionalen EU-Projekt zu mehr zivilgesellschaftlicher Beteiligung in der Sicherheitsreform in Westafrika wollen wir das Gewerkschaftshaus in Gao, Nordmali, renovieren, um ganz praktisch vor Ort mehr Räume für Dialog und Austausch zu schaffen. In Gao ist das größte Kontingent der Bundeswehr stationiert, umso wichtiger war es uns auch, als deutsche zivilgesellschaftliche Organisation unseren Beitrag genau dort zu leisten. Die Förderung des politischen Dialogs zwischen allen demokratischen Akteuren zum Bereich Sicherheit ist einer unserer derzeit wichtigsten Arbeitsbereiche in Mali. ●



INTERVIEW

## Ordnung ins Chaos bringen Die Konflikte in der MENA-Region

Fragen an Joost Hiltermann

**Seit den Volksaufständen im Jahr 2011 gab es in der Region Mittlerer Osten und Nordafrika (MENA) mehrere Sicherheitskrisen, die Spannungen in der gesamten Region und einen anhaltenden Krieg in drei Ländern mit sich brachten (Jemen, Syrien, Libyen). Wie lässt sich dieser Knoten aus Konflikten am besten entwirren?**

Mindestens vier historische Verwerfungslinien durchziehen die MENA-Region: eine Führungskrise, die sich aus der Festlegung postosmanischer Ordnungen und Grenzen ergibt, der arabisch-israelische Konflikt, die geopolitische Rivalität persisch/schiitisch versus arabisch/sunnitisch und schließlich innersunnitische islamische Konflikte um politische Ideologien.

In diesen vier Bereichen ereignet sich eine Eruption nach der anderen, manchmal eingeleitet von, aber immer verstärkt durch externe Interventionen. In einigen Gebieten wie in Syrien kreuzen sich die Verwerfungslinien, was die Bemühungen, den Krieg zu beenden, massiv erschwert. Wenn wir die verschiedenen Triebkräfte für jeden einzelnen Kon-

flikt und das Wechselspiel mit den anderen Konflikten in der Region verstehen, können wir eine umfassende Strategie entwickeln, um Spannungen zwischen regionalen und globalen Akteuren abzubauen und jeden Konflikt regional in Angriff zu nehmen.

**Was bedeutet diese Analyse für politische Maßnahmen durch Staaten außerhalb der Region?**

Außenstehende Staaten, die ein Interesse an einer stabilen MENA-Region haben, können die Lage verschlimmern, wenn sie das Richtige falsch und das Falsche richtig machen.

Um mit dem ersten Punkt zu beginnen: Externe Akteure unterstützen – zu Recht – ihre ideologischen oder geopolitischen Verbündeten in der Region, stellen jedoch häufig nur minimale Vorbedingungen. Das gilt besonders für Waffen aus dem Westen, mit denen Menschenrechtsverletzungen begangen oder politische Vorhaben unterstützt werden können, die den Interessen der Geber widersprechen. Das kann aber auch auf humani-

täre Hilfe oder Entwicklungshilfe zutreffen, besonders, wenn damit ein autokratisches und korruptes Regime gestützt wird, weil es die »Stabilität wahrt«.

Ein Beispiel für den zweiten Punkt: Dschihadistische Attentate in Europa oder den USA können eine Militäraktion nach sich ziehen, die die verantwortliche Gruppe in der MENA-Region zwar ausschaltet, das Problem jedoch verschärft, weil sie die Wurzeln des Dschihadismus – Krieg und eine schwache Regierung – nicht berücksichtigt.

**Welche Alternativen gibt es denn zu der seit Jahrzehnten üblichen Sicherheits- und Stabilitätsstrategie, mit denen westliche Regierungen autokratische Regimes in der Region gestärkt und letztlich zu den wachsenden Spannungen beigetragen haben?**

Das größte Dilemma, mit dem westliche Regierungen in der MENA-Region zu kämpfen haben, besteht darin, dass ihr Stabilitätsparadigma – dass sie also autokratische Regimes unterstützen, weil sie für Stabilität sorgen – gänzlich gescheitert ist.

Idealerweise müsste die Unterstützung an Bedingungen geknüpft werden, also Reformen in der Staatsführung und im Sicherheitsbereich. Doch repressive Regimes, die in erster Linie überleben wollen, wehren sich gegen solche Vorbedingungen. Wenn sie infolge von Reformen, die die Säulen der Repression untergraben, zusammenbrächen, würde das westlichen Interessen noch stärker schaden – etwa durch Flüchtlingsströme –, als wenn sie die Repression fortführten.

Um dieses Problem zu lösen, sollten sich westliche Regierungen auf Hilfsleistungen konzentrieren, die am ehesten der Bevölkerung zugutekommen und gleichzeitig die Unterstützung im Sicherheitsbereich auf ein Minimum reduzieren.

**Was könnten Maßnahmen sein, um einen stärker integrativen interregionalen Dialog über Sicherheitsfragen im Nahen Osten zu erreichen?**

Wegen der Verquickung der diversen Konflikte in der MENA-Region und der Vielzahl der Triebkräfte und Akteure steigt die Gefahr, dass durch Fehleinschätzungen oder schlechte Kommunika-

tion unbeabsichtigt ein Krieg ausgelöst wird. Daher ist es ein Muss, dass die Staaten in der Region mit Unterstützung außenstehender Akteure Mechanismen für den Abbau von Spannungen entwickeln. Das sollte durch einen integrativen Prozess in der gesamten Region erfolgen. In diesem Prozess müssten die Kommunikationskanäle geöffnet und der Dialog über gemeinsame Interessen müssten gefördert werden, zum Beispiel die Sicherheit der Schifffahrt oder die Folgen des Klimawandels. Die Initiative müsste aus der Region kommen, am besten aus Staaten, die nicht selbst in einen Konflikt verwickelt sind, sondern unter den Folgen eines regionalen Krieges leiden würden. Gleichzeitig sollten europäische Regierungen die Vereinigten Staaten zu einer Deeskalation mit dem Iran drängen, denn die Konfrontation dieser beiden Staaten trägt derzeit am stärksten zu den Spannungen in der Region bei. ●

*Aus dem Englischen von Anne Emmert*



Joost Hiltermann ist Programmdirektor für den Nahen Osten und Nordafrika bei der International Crisis Group, einer unabhängigen Nichtregierungsorganisation zur Verhütung tödlicher Konflikte.

Die Fragen stellte Sarah Schmid, Programm-Managerin im FES-Projekt Frieden und Sicherheit in der MENA Region.

# Begründete Zweifel

## Taugt die »Ertüchtigungsinitiative« zur Konfliktbewältigung?

Von Anna Stahl

Deutschland hat in den letzten Jahren mehr Verantwortung in der internationalen Friedens- und Sicherheitspolitik übernommen. Die deutsche Regierung unterstützt nicht nur den internationalen Dialog durch Formate wie die Münchner Sicherheitskonferenz, sondern hat auch neue Instrumente entwickelt, z.B. seit 2015 die »Enable and Enhance Initiative (E2I) – die sog. Ertüchtigungsinitiative«. Unter dem Motto »Hilfe zur Selbsthilfe« unterstützen das Verteidigungsministerium und das Auswärtige Amt Länder im Nahen und Mittleren Osten sowie in Afrika bei der Lösung von Konflikten und Krisen. Damit soll der Sicherheitssektor in den Partnerländern Irak, Jordanien, Mali, Nigeria und Tunesien gestärkt werden. Deutschland unterstützt die Streitkräfte dieser Länder durch sog. Train-and-Equip-Maßnahmen wie polizeiliche und militärische Ausbildungs- und Ausstattungshilfe.

Experten sind sich einig, dass es für die Reformierung des Sicherheitssektors der Partnerländer vor allem der Förderung von politisch legitimierten und rechenschaftspflichtigen Sicherheitskräften bedarf, die das Vertrauen der Bevölkerung genießen.

Das Beispiel Tunesiens verdeutlicht jedoch mögliche Risiken der deutschen »Ertüchtigungsinitiative«. Tunesien gilt als Vorzeigeland, da es im Gegensatz zu den anderen Partnern eine demokratische Wende eingeschlagen hat. Laut Bundesregierung wurde »die deutsche Unterstützung für eine tunesische Sicherheitssektorreform 2015 mit dem Ziel initiiert, die demokratische Transformation des von der ehemals autokratischen Regierung geprägten Sicherheitssektors zu unterstützen«.

Bis jetzt gibt es aber keine konkreten Anzeichen dafür, dass die E2I zu echten Reformen des tunesischen Sicherheitssektors beigetragen hat. Im



Dr. Anna Stahl ist Projektdirektorin im Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Tunesien. Sie ist u. a. zuständig für den Themenbereich Frieden und Sicherheit.

Gegenteil hat die Ausbildung durch die »Train-and-Equip«-Programme dazu geführt, den tunesischen Sicherheitsapparat möglicherweise zum Nachteil der Legislative und Judikative zu stärken.

Der Mangel eines rechenschaftspflichtigen Sicherheitsapparates in Tunesien wird durch die internationale Politik der Terrorismusbekämpfung verstärkt. Seit den terroristischen Anschlägen 2015 gilt in Tunesien der Ausnahmezustand. Dieser erlaubt den Sicherheitskräften Festnahmen und Hausdurchsuchungen ohne richterlichen Beschluss und verleiht dem Innenministerium zusätzliche Befugnisse.

Die Interessen Deutschlands am Eindämmen von illegaler Migration sind ein weiterer Faktor, der Zweifel an der »Ertüchtigungsinitiative« aufkommen lässt. Deutschland unterstützt tunesische Sicherheitskräfte bei der Überwachung der Grenze zu Libyen. Eine Maßnahme nicht nur zur Bekämpfung des Terrorismus.

Die FES kann einen wichtigen Beitrag dazu leisten, dass die »Ertüchtigungsinitiative« auch demokratische Entwicklungen stärkt. Die Beispiele aus Tunesien und Jordanien zeigen, dass die FES alternative Ansätze zur Unterstützung der demokratischen Reform von Sicherheitskräften verfolgt. Dadurch genießt die FES in vielen Ländern das Vertrauen der lokalen Bevölkerung und knüpft Verbindungen in die Zivilgesellschaft. Ein Dialog zwischen der Zivilgesellschaft und Sicherheitskräften ist unabdingbar und wird durch die FES unterstützt. ●

### Fortbildung tunesischer Sicherheitskräfte zur Durchsetzung von Frauenrechten

Seit 2016 unterstützt die FES in Tunesien Menschenrechtsfortbildungen der tunesischen Polizei und Gendarmerie. Dies geschieht in Zusammenarbeit mit der Frauenrechtsorganisation »Centre de recherches d'études, de documentation et d'information sur la femme« (Credif), einer dem tunesischen Frauen- und Familienministerium nahestehenden Frauenrechtsorganisation. Das Training zielt darauf ab, die Sicherheitskräfte für die Umsetzung des neuen Gesetzes zur Ahndung von Gewalt gegen Frauen zu schulen. Pro Jahr werden ca. 1000 Polizisten an drei Standorten geschult.

### Menschenrechtstraining für jordanische Sicherheitskräfte

In Kooperation mit der Organisation »Lawyers without Borders« hat die FES in Jordanien dieses Jahr ein Menschenrechtstraining für Polizeioffiziere ins Leben gerufen. Das Training richtet sich an Offiziere der obersten jordanischen Polizeibehörde, dem Public Security Departments (PSD). Es zielt darauf ab, durch bessere Kenntnisse über die internationale Rechtslage Menschenrechtsverletzungen durch die Polizei zu verhindern.



## KAMPAGNE

# Stolpersteine auf dem Weg zum Frieden Jemen: Soziale Sicherheit für Pensionäre

Von Achim Vogt

**E**inen kleinen Beitrag zum Frieden und damit vor allem zum Überleben Zehntausender Jemenitinnen und Jemeniten will Wadea Al-Qubati, Vorsitzende der Organisation »Tahdeeth«, leisten.

Seit mehr als zwei Jahren bezahlt die Zentralbank des Landes keine Beamten mehr, die in den von Rebellen kontrollierten Gebieten leben. »Tahdeeth« will das ändern, denn die Verweigerungshaltung der Zentralbank hat dazu beigetragen, dass im Jemen eine massive Hungersnot herrscht. 22 der rund 30 Millionen Einwohner des Landes leiden unter Hunger – dabei gibt es Lebensmittel zur Genüge. Doch die meisten Menschen können sich ihre täglichen Mahlzeiten schlicht nicht mehr leisten.

Genau dort setzen Wadea Al-Qubati und die Bürgerrechtler\_innen von »Tahdeeth« an. Dank einer von der Friedrich-Ebert-Stiftung unterstützten Kampagne gelang es Ende 2018, die Verantwortlichen der Regierung in einem ersten Schritt davon zu überzeugen, zumindest die Pensionen für ehemalige Staatsbedienstete wieder auszuzahlen. Nach und nach sollen sogar die zwei Jahre lang ausgesetzten Ruhestandsgelder nachgezahlt werden.

In der Folge gab es weitere kleine Fortschritte. So informierte Jemens Ministerpräsident Main Abdulmalik Said im Frühjahr eine Delegation der Friedrich-Ebert-Stiftung und von »Tahdeeth«, künftig würden auch Angestellte im Gesundheitswesen und Hochschullehrer wieder in allen Gebieten des Landes bezahlt.

Im nächsten Schritt geht es nun darum, auch ehemalige Militäranghörige wieder zu bezahlen, egal auf welcher Seite der Front sie leben. »Wer genug Geld hat, um seine Familie zu ernähren, wird weniger unter Druck stehen, selbst wieder in den Militärdienst einzutreten oder seine Söhne an die Front zu schicken«, sagt Wadea Al-Qubati. Ein Erfolg der neuen Kampagne würde zwei Probleme gleichzeitig beheben: Auf der einen Seite ließe sich die Hungersnot lindern, auf der

anderen Seite würde die Zahl von neuen Kämpfern geringer – ein Mehr an Sicherheit im doppelten Sinn.

Zwar ist die Frage der Rentenzahlungen nur ein Mosaikstein in dem komplexen Ringen um eine neue Ordnung im Jemen. Aber die Arbeit der Zentralbank ist essenziell für das künftige Funktionieren des zerrütteten Landes. Vor den ersten zaghaften Friedensgesprächen in Stockholm im vergangenen Dezember nannte der UN-Sondergesandte Martin Griffiths eine wiedervereinigte Zentralbank als eine der Grundbedingungen für Frieden im Land. Entsprechend groß ist das Interesse der Vereinten Nationen am Projekt von »Tahdeeth«.

So haben sowohl in der Hauptstadt Sana'a als auch in Aden bereits Veranstaltungen stattgefunden, auf denen Betroffene ihre Situation schilderten. Zu den Forderungen an alle Kriegsparteien gehört u. a., die Pensionsfonds ausreichend auszustatten.

Anders als in Syrien sterben die Menschen im Jemen vor allem an den sozialen und wirtschaftlichen Folgen des Krieges. Neben dem Hunger hat vor allem die Cholera-Epidemie ein katastrophales Ausmaß angenommen. Allein in den ersten vier Monaten des Jahres infizierten sich rund 300.000 Menschen neu. Mit seinen Projekten und Kampagnen kann »Tahdeeth« die Diplomatie nicht ersetzen, aber helfen, die schlimmsten Folgen zu lindern und ein Mindestmaß an Humanität über alle Fronten hinweg zu erreichen. ●



Achim Vogt leitet von Beirut aus das Jemen-Büro der FES.

# Politische Lösung nicht erkennbar

## Afghanistan: Dramatische Verschlechterung der Sicherheitslage

Von Magdalena Kirchner

**V**or genau 40 Jahren rollten sowjetische Panzer in Kabul ein und die Frage über Krieg und Frieden in Afghanistan erlangte internationale Bedeutung. Abschließend geklärt worden ist sie bis heute nicht, denn obwohl das Land seit 15 Jahren über eine demokratisch gewählte Regierung verfügt, gehören Flucht, Vertreibung, Zerstörung und Gewalt weiterhin zum Alltag von Millionen von Afghaninnen und Afghanen. Seit 2001 sind der afghanischen Menschenrechtskommission zufolge mehr als 75.000 Zivilisten bei Anschlägen und Kampfhandlungen ums Leben gekommen.

Eine neue diplomatische Offensive soll in Afghanistan nach 18 Jahren Kriegseinsatz einen altbekannten gordischen Knoten US-amerikanischer Außenpolitik lösen: Ein innenpolitisch ungeliebter Militäreinsatz, der Milliarden Steuergelder verschlingt und einen hohen Blutzoll forderte, soll beendet werden – am besten noch vor den Präsidentschaftswahlen 2020. Gleichzeitig soll der Eindruck einer Niederlage vermieden und verhindert werden, dass nach dem Abzug eine Situation entsteht, die einen erneuten Einsatz erfordern könnte. Da die seit 2001 international anerkannte Regierung in Kabul schon heute weder militärisch noch politisch in der Lage ist, die Taliban zu besiegen, führt aus der Perspektive Washingtons an direkten Verhandlungen kein Weg vorbei. Doch da US Präsident Donald Trump seinen Amtsvorgänger Barack Obama weiterhin beschuldigt, mit dem vorschnellen Abzug aus dem Irak 2011 den Aufstieg des selbst erklärten »Islamischen Staates« (IS) direkt gefördert zu haben, fordert er von den Taliban, sich dauerhaft von Al-Qaida und anderen terroristischen Organisationen zu distanzieren. Eine nachhaltige Strategie zur Entradikalisierung von Taliban- und IS-Rekruten ist dies freilich nicht, es handelt sich hier vor allem um Symbolpolitik. Umso bezeichnender ist es, dass Trump wenige Tage, nachdem das Abkommen mit den Taliban quasi fertig ausgehandelt war, die Unterzeichnung per Twitter platzen ließ.

Die »Kämpfe und verhandele«-Strategie aller Konfliktparteien hat zu einer dramatischen Verschlechterung der Sicherheitslage im letzten Jahr geführt. Ein Waffenstillstand scheint nicht länger Vorbedingung, sondern bestenfalls Ergebnis der Verhandlungen zu sein. Gleichzeitig scheinen die neue Gewaltwelle und Verengung der Verhandlungen auf sicherheitspolitische Ziele die Gesellschaft weiter zu polarisieren und die gemeinsame Entwicklung einer Vision für ein

friedliches und langfristig stabiles Afghanistan zu erschweren. Wie die Konfliktparteien die enormen sozialen, ökonomischen und ökologischen Herausforderungen, vor denen Afghanistan steht, gemeinsam oder auch jeder für sich, angehen wollen, ist nicht Gegenstand der Verhandlungen – und doch zeigen Umfragen, dass Arbeitslosigkeit, Armut und der schlechte Zustand der Wirtschaft ebenso negativ bewertet werden wie politische Gewalt und Kriminalität.

Die meisten Afghaninnen und Afghanen stehen Friedensverhandlungen mit den Taliban grundsätzlich positiv gegenüber, für die meisten kann sich die Situation nicht weiter verschlimmern und kaum jemand hat ernsthafte Hoffnung auf eine militärische Lösung. Wie jedoch eine politische Lösung aussehen kann, welche Akteure beteiligt sind, welche Kompromisse von ihnen zu erwarten sind und welche Errungenschaften des Transformationsprozesses seit 2001 für die Beteiligten nicht verhandelbar sind, ist nicht erkennbar. Obwohl dem Aspekt der gesellschaftlichen Akzeptanz eines möglichen Abkommens nach Jahrzehnten des Bürgerkriegs eine Schlüsselrolle zukommen muss, fehlen ernsthafte Konzepte dafür, wie der oft beschworene innerafghanische Dialog von den Verhandlungs- an die Küchentische des Landes gebracht werden kann.

Mit dem Projekt »People's Voice in the Peace Process« haben die Friedrich-Ebert-Stiftung und ihre Partner vor Ort die Frage der Partizipation möglichst vieler Afghanen verstärkt in den Blick genommen. Öffentliche Diskussionen und Umfragen zunächst innerhalb Afghanistans, aber demnächst auch unter Afghan\_innen im Ausland, sollen dabei helfen, diejenigen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Fragen zu identifizieren und auf die Agenda aktueller und zukünftiger Verhandlungen zu setzen, und damit auch zur langfristigen Akzeptanz eines Friedensabkommens beitragen. ●



Dr. Magdalena Kirchner ist Konfliktforscherin und wissenschaftliche Politikberaterin. Seit Juli 2019 leitet sie das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Afghanistan.



ÜBERBLICK

# Gegen den Trend Suche nach inklusiver Sicherheitspolitik in Lateinamerika

Von Kristina Birke

**L**ateinamerika gilt als die Weltregion mit den geringsten zwischenstaatlichen Konflikten. Zugleich sind die Bürgerinnen und Bürger fast ohne Ausnahme Sicherheitsproblemen und Gewalt ausgesetzt. Sicherheit ist subjektiv. Geschlecht, Abstammung, Einkommen oder Wohngegend entscheiden, inwieweit Mann und Frau sich gegen diese alltäglichen Herausforderungen zur Wehr setzen können und müssen.

Sicherheitspolitische Konzepte reichen heute über die nationale Verteidigungspolitik hinaus und beziehen die Grundgedanken der persönlichen und der öffentlichen Sicherheit mit ein.

Weltweit wird immer häufiger nicht zwischen äußerer und innerer Sicherheit unterschieden. Die Schnittstellen zwischen Sicherheits- und Entwicklungspolitik sind unumstrittener. Das nachhaltige Entwicklungsziel »Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen« stellt der Generalsekretär der Vereinten Nationen allen anderen voran.

Ist es möglich, auch in Lateinamerika eine Sicherheitspolitik zu entwickeln, die tatsächlich den Staat verpflichtet, das Leben aller vor Gewalt und Unsicherheit zu schützen?

Eine Sicherheitspolitik, die auch individuelle und kollektive Menschenrechte garantiert. Eine Politik, die die staatlichen Institutionen demokratischer, repräsentativer und tauglicher macht, insbesondere Militär, Polizei und Justiz.

Am Anfang der Entwicklung eines inklusiven Sicherheitskonzepts für die Region steht die Analyse des Status quo. Überall in der Region gibt es vergleichbare nationale Probleme. Diverse Regierungen verfolgen nationalistische, populistische oder sogar illiberale Ziele wie beispielsweise Brasilien. Kolumbien und die Staaten in Zentralamerika finden trotz ihrer Friedensprozesse keine Ruhe. In einer Vielzahl von Ländern kommt die Staatsgewalt nicht gegen das organisierte Verbrechen an. Staatliche Institutionen werden zunehmend auf lokaler und nationaler Ebene unterwandert.

Konservative Regierungen kehren zur traditionellen Sicherheitspolitik der harten Hand zurück und kombinieren sie mit »Justizpopulismus«. In ein paar Staaten findet bereits eine Remilitarisierung statt. Das Militär übernimmt zudem in allen Ländern – außer Uruguay – die Durchsetzung der öffentlichen Sicherheit.

Diesen fortschreitenden Legitimitätsverlust demokratischer Institutionen und die Veränderungen in den zivil-militärischen Beziehungen zugunsten der Militärs scheint ein Großteil der Bevölkerung kaum zu bemerken oder sogar zu akzeptieren.

Gleichzeitig drängen die globalisierten Kräfte des Marktes immer weiter zu größerer Privatisierung im Bereich der Sicherheit.

Eine Suche nach übergreifenden lateinamerikanischen Antworten findet kaum statt. Im Gegenteil: Multilaterale Abkommen und internationale Zusammenarbeit werden infrage gestellt.

Der Raum für progressive regionale Diskussionen zu diesen Fragestellungen muss daher wieder neu geschaffen werden. Die FES geht daher diesen Fragen lateinamerikaweit mit einem Netzwerk von internationalen Expertinnen und Experten aus Politik, Wissenschaft, Diplomatie und der sicherheitspolitischen Praxis sowie NROs nach. ●



**Kristina Birke Daniels**  
ist Leiterin des FES-Büros in  
Bogota/Kolumbien.

# Kolumbien zwischen Optimismus und Sorgen

## Friedensabkommen in fragiler Phase

Im Gespräch mit Humberto De la Calle, Juanita Goebertus und Iván Cepeda

Fast drei Jahre sind seit der Unterzeichnung des Friedensabkommens zwischen dem kolumbianischen Staat und der FARC-Guerilla vergangen und noch immer hat das südamerikanische Land mit der konkreten Umsetzung der darin vorgesehenen gesellschaftlichen Veränderungen zu kämpfen. Die Positionen von Befürworter\_innen und Gegner\_innen haben sich kaum angenähert. Die Umsetzungsphase des Friedensabkommens ist ein Wechselbad aus verschiedenen Gefühlen: Optimismus ob der Fortschritte, die nach dem über 50-jährigen bewaffneten Konflikt erreicht werden konnten, Sorge angesichts des langsamen Vorankommens der Veränderungen und neuer Probleme sowie Zweifel am Commitment der Regierung von Iván Duque, der an den Absprachen seines Vorgängers, Juan Manuel Santos, ernsthafte Einwände geäußert hat.

**H**umberto De la Calle, der frühere Verhandlungsführer der Regierung, Juanita Goebertus, ehemaliges Mitglied des Verhandlungsteams und heutige Kongressabgeordnete, und Iván Cepeda, Vermittler bei den Friedensverhandlungen und Senator, sehen übereinstimmend die Notwendigkeit, alle Kräfte auf die Umsetzung des Abkommens zu konzentrieren.

»Der Prozess, den wir angestoßen haben, ist ein Prozess mit gesellschaftlichen Veränderungen in sämtlichen Sektoren«, erklärt Cepeda. »Wir haben immer gesagt, dass Ende des Konflikts wird mit der FARC vereinbart, aber in den Frieden müssen alle Kolumbianer einbezogen werden und das Abkommen enthält eine Art Fahrplan für Kolumbien«, bekräftigt De la Calle.

Das Abkommen, das am 24. November 2016 von Präsident Juan Manuel Santos und dem FARC-Anführer Rodrigo Londoño unterzeichnet wurde, umfasst die Entwaffnung von mehr als 7.000 Guerilleros und deren Eingliederung ins Institutionengefüge als politische Partei, Umsetzungs- und Überprüfungsmechanismen, ein System aus Übergangsjustiz, Wahrheitsfindung, Wiedergutmachung und eine umfassende Landreform sowie die Bekämpfung von Drogen und des Anbaus verbotener Pflanzen. Die Entwaffnung wurde erfolgreich durchgeführt; die politische Partei FARC kann 10 der 268 Sitze im Kongress

beanspruchen; nationale und internationale Institutionen haben den Prozess begleitet, aber in den übrigen Bereichen gibt es nur wenige oder gar keine Fortschritte und die Aussichten sind düster.

Für De la Calle, Goebertus und Cepeda zählen zu den beunruhigenden Aspekten die Morde an führenden Menschenrechtsvertreter\_innen, Umweltschützer\_innen oder Indigenenvertreter\_innen sowie ehemaligen Kämpfer\_innen und deren Angehörige. Daneben die Probleme bei der Umsetzung wirtschaftlicher Projekte zur Wiedereingliederung von Exguerilleros und die geringen Fortschritte bei der umfassenden Landreform. Hinzu kommt die Tatsache, dass der Staat in den vom Konflikt am meisten betroffenen Gebieten in der Sozialpolitik und in Sicherheitsfragen noch keine Präsenz zeigt.

Laut Goebertus ist es offensichtlich, dass sich der Prozess derzeit in einer »äußerst fragilen« Situation befindet. »Es besteht in der Tat die latente Gefahr, dass der Konflikt wieder aufflammt, wenn wir uns nicht prioritär diesen Gebieten widmen«, fügt sie hinzu.

De la Calle sagt es noch deutlicher: »Bei den großen Themen hält sich die kolumbianische Regierung nicht an das Abkommen, so besteht sie auf Änderungen in der Übergangsjustiz. Ich sehe keinen politischen Willen.« Auch einige führende Exguerilleros hätten sich von dem Prozess abgewendet.



Angesichts dieses Panoramas hat sich im Kongress eine »Fraktion für den Frieden« gebildet, um zuallererst mit der parlamentarischen Mehrheit den Initiativen der Regierung, die das Abkommen bedrohen, entgegenzutreten.

In diesem Rahmen hat auch eine Bewegung an Kraft gewonnen, die aus 35 unterschiedlichen WhatsApp-Gruppen entstanden ist. Dieser Bewegung, genannt Defendamos la Paz, gehören die drei Gesprächspartner an. »Es ist das vielleicht pluralistischste aller Bündnisse in Kolumbien«, sagt Cepeda, einer der Gründer dieser Gruppe, in der unter anderen Politiker\_innen des gesamten politischen Spektrums, zivilgesellschaftliche Organisationen, Opferverbände, Militärs, Ex-guerilleros und Mitglieder verschiedener Religionsgemeinschaften vertreten sind.

Angesichts der Schwierigkeiten plädiert De la Calle dafür, nicht locker zu lassen, weiterzumachen. »Es ist ein fortlaufender Prozess, an dessen Ende das Ziel der lang ersehnten Aussöhnung für die Kolumbianer steht.«

Auf diesem Weg halten alle die Rolle der internationalen Staatengemeinschaft für »entscheidend«. »Für uns ist es wichtig, dass man nicht nur die Riesenchance sieht, die sich in Kolumbien mit dem Ende des Krieges aufgetan hat, sondern auch die Fragilität wahrnimmt. Jetzt ist nicht der Moment, um uns allein zu lassen«, fügt Goebertus hinzu.

**Die Gespräche fanden in der Woche vor dem 29. August 2019 statt, an dem sich ein kleiner Teil der FARC wiederbewaffnete, von der Partei abspaltete und die Reorganisation der FARC-EP (Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens – Volksarmee) verkündete.**



Befragt wurden **Humberto De la Calle**, der frühere Verhandlungsführer der Regierung, **Juanita Goebertus**, ehemaliges Mitglied des Verhandlungsteams und heutige Kongressabgeordnete, und **Iván Cepeda**, Vermittler bei den Friedensverhandlungen und Senator. Die FES arbeitet in Kolumbien mit der Parlamentariergruppe für den Frieden und der Bewegung »Defendamos la Paz« eng zusammen.

Die Gespräche führten **Jeanneth Valdivieso**, Mitarbeiterin des FES-Kommunikationsprojekts LAK (Sitz Bogota), und **Kristina Birke Daniels**, Leiterin des FES-Büros in Bogota/Kolumbien.



INTERVIEW

# Größtmögliche Freiheit und bester Schutz

## Grundsätze sozialdemokratischer Innenpolitik

Fragen an Andreas Geisel, Senator für Inneres und Sport in Berlin

### **Herr Geisel, Berlin verfolgt das Konzept der »urbanen Sicherheit«. Was heißt das konkret?**

Wir müssen innere Sicherheit viel breiter denken, als das die Konservativen tun. Deshalb umfasst urbane Sicherheit die persönliche aber auch die soziale und wirtschaftliche Sicherheit. Es umfasst Bildung und die Stärkung des demokratischen Gemeinwesens. Wir brauchen unbestritten die Repression, also die konsequente Strafverfolgung.

Sozialdemokratische Innenpolitik basiert aber auch auf Prävention. Wir müssen Menschen von kriminellen Karrieren abbringen und alles tun, dass sie erst gar nicht dorthin gelangen. Jeder Euro, den wir in die Prävention investieren, bekommen wir als Goldbarren wieder raus, wenn wir Menschen davon abbringen, kriminell zu werden.

Wir haben in Berlin die Mittel vervierfacht für eine Reihe von Projekten und Maßnahmen: Informations- und Aufklärungsworkshops an Schulen und bei der Kinder- und Jugendhilfe; Hilfsangebote und Beteiligung im Internet und in sozialen Netzwerken; Deradikalisierung gefährdeter bzw. bereits radikalierter Jugendlicher und Erwachsener; Radikalisierungsprävention und Deradikalisierung in den Berliner Justizvollzugsanstalten; Projekte für Geflüchtete.

Urbane Sicherheit bedeutet mehr als nur den unmittelbaren Schutz vor Kriminalität und Gewalt. Die Menschen sollen unter gerechten Bedingungen für ihre eigene Existenz sorgen und ohne Angst in unserer Stadt leben können. Kriminalität, Gewalt und Extremismus haben ihren Ursprung oft in sozialen Schieflagen. Dort setzen wir an und sorgen dafür, dass Menschen ihr Leben in einem sicheren und sozial gerechten Umfeld leben können.

### **Damit definiert Berlin das Konzept von Sicherheit im städtischen Kontext umfassend und neu. Inwiefern liefert dieser Ansatz auch Bausteine für die aktuelle bundespolitische Debatte zu einer neuen sozialdemokratischen Innenpolitik?**

Innen- und sicherheitspolitische Debatten werden meistens sehr aufgeregt und oftmals ideologisch geführt. Wir müssen hier einen kühlen Kopf bewahren und uns fragen: Wofür steht die SPD, welche Haltung haben wir? Worauf basieren unsere Entscheidungen? Innenpolitisch heißt das für mich ganz klar: so viel Freiheit wie möglich, so viel Sicherheit wie nötig. Das ist der Kern sozialdemokratischer Innenpolitik. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten zu Recht von uns einen handlungsfähigen, funktionierenden und starken Staat. Keinen Staat im Sinne der Repression,



sondern einen der seinen Bürgerinnen und Bürgern jeden Tag die größtmögliche Freiheit und den besten Schutz bietet.

Wir reden bei innerer Sicherheit immer auch über soziale Sicherheit, über das Recht eines jeden auf gleiche Lebensbedingungen. Wir reden über Solidarität in einer vielfältigen Gesellschaft, über soziale Gerechtigkeit in einer Welt, die viele als immer ungerechter empfinden. Reden allein reicht aber nicht, wir müssen auch handeln und das Richtige zu tun, um die Dinge besser zu machen. Das ist ein klarer sozialdemokratischer Auftrag.

Wo steht geschrieben, dass in sozialen Brennpunkten das Risiko, Opfer einer Straftat zu werden, höher ist als in bessergestellten Stadtvierteln? Nirgendwo. Deswegen müssen wir auf vielen Wegen das Problem angehen. Das bedeutet aktive Arbeitsmarktpolitik, soziale Steuerung des Wohnungsmarktes, ein starkes öffentliches Bildungswesen, verlässliche Infrastruktur, Gesundheit, Kultur. Unser Sicherheitsempfinden basiert auf einer Vielzahl von Faktoren. Neben Alter, Geschlecht, Bildungsniveau, eigener finanzieller Situation ist dies auch die wachsende soziale Ungleichheit. Wir dürfen nicht zulassen, dass unsere Gesellschaft weiter auseinanderdriftet in Arm und Reich, denn dann steht zu befürchten, dass noch mehr Menschen ihre Ängste diffus auf alles Fremde oder Neue projizieren. Deswegen sollte sich eine sozialdemokratische Innenpolitik auf Sicherheit, Ordnung und Freiheit berufen. Sie sind die Grundfesten einer selbstbewussten, offenen und intakten Gesellschaft. ●

Spektakuläre Straftaten von kriminellen Mitgliedern sogenannter Clans und gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen Großfamilien sorgen immer wieder bundesweit für Schlagzeilen und unterstreichen gesellschaftspolitischen Handlungsbedarf. Berlin setzt mit konsequenten Eingriffen der Polizei und des Rechtsstaats einerseits und mit wegweisenden Konzepten für verstärkte Prävention von Gewalt und Kriminalität andererseits bundesweit Akzente.

Wie gelingt effizientes Eingreifen in etablierte kriminelle »Parallelwelten«? Welche besonderen Herausforderungen stellen sich für Politik, Justiz, Polizei und Jugendarbeit? Was tun verschiedene Akteure und wie können Repression und Prävention noch sinnvoller zusammenwirken? Über die sicherheitspolitischen Herausforderungen, vor denen Politik und Gesellschaft in der Metropole Berlin stehen, diskutierte am 17. Juni Berlins Innensenator Andreas Geisel mit Vertreter\_innen aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft sowie fast 400 Berlinerinnen und Berlinern. Deutlich wurde an dem Abend, dass dem Problem nachhaltig nur durch ein entschlossenes und integriertes Vorgehen auf unterschiedlichsten Ebenen entgegengetreten werden kann.



**Andreas Geisel** ist Senator für Inneres und Sport in Berlin.

Die Fragen stellte **Dr. Nora Langenbacher**, zuständig für die Berliner Landespolitik im Forum Berlin der FES. Ein Schwerpunkt des Arbeitsbereiches BerlinPolitik liegt im Bereich Innere Sicherheit.

# Bündelung von Ressourcen

## Urbane Sicherheit nicht allein innenpolitisches Thema

Von Prof. Jens Wurtzbacher

**W**enn von innerer Sicherheit die Rede ist, dann denken wir sofort an die Institutionen des staatlichen Gewaltmonopols: die Polizei, die Staatsanwaltschaften, die Gerichte. Dies ist auch naheliegend, denn als Bürgerinnen und Bürger verzichten wir persönlich auf die Anwendung körperlicher Gewalt, weil wir uns bei Regelverletzungen auf die Unterstützung der zuständigen Behörden verlassen; wir dürfen und müssen diese Dinge nicht selbst in die Hand nehmen.

Allerdings sind Konfliktfälle keineswegs die Regel, sondern das soziale Leben – und insbesondere das vielfältige und überaus heterogene urbane Leben – basiert zuallererst auf dem grundsätzlichen Vertrauen der Stadtbewohner zueinander und auf der Bereitschaft zur wechselseitigen Kooperation. Wir vertrauen darauf, dass wir nicht Opfer körperlicher Übergriffe werden und wir im öffentlichen Raum nicht ungewollt zu Zeugen privater oder intimer Belange gemacht werden. Gleichzeitig nehmen wir wahr, wenn das Geflecht aus sozialen Interaktionen bedroht ist oder Situationen der Verunsicherung auftreten, sei es durch Verhaltensweisen oder durch den (baulichen) Verfall städtischer Nachbarschaften und Räume.

Nachbarschaften können umso besser mit Verunsicherungen umgehen, je ausgeprägter sich das Netzwerk von flüchtigen Bekanntschaften in einer Nachbarschaft darstellt und je mehr zivilgesellschaftliche Zusammenschlüsse existieren. Dieser Effekt wird in der Forschung als »collective efficacy« bezeichnet (Robert Sampson 2012, *The Great American City*. Chicago: Chicago University Press: S. 149ff.). Nachbarschaften sind also im Hinblick auf die Frage von innerer Sicherheit sozial produktive Gebilde und nicht vollständig durch äußere Einflüsse determiniert.

Ein weiterer Faktor für urbane Sicherheit neben Vertrauen und kollektiver Wirksamkeit ist die soziale Chancengleichheit. Das Phänomen der Jugendgewalt tritt hauptsächlich bei jungen Männern auf und erfüllt dort die Funktion – so zumindest ein Strang der sozialpsychologischen Ursachenforschung –, einen Mangel an sozialem Status auszugleichen. Je höher der soziale Bewertungsdruck innerhalb einer Gesellschaft und je ausgeprägter die Einkommensungleichheiten, umso höher die Gewaltrate. Aus diesem Grund ist eine Politik der sozialen Gerechtigkeit, vor allen Dingen der Chancengerechtigkeit, und der durchlässigen wie verlässlichen Aufstiegswege für Kinder und Jugendliche ein wichtiger sicherheitspolitischer Beitrag, der sich außerdem positiv auf das Sicherheitsempfinden auswirkt.

Menschen, die sich in schwierigen Lebenssituationen befinden und die Erfahrungen der sozialen Unsicherheit

(durch Arbeitslosigkeit oder Armut) machen, sind tendenziell auch stärker von Kriminalitätsfurcht betroffen.

Nicht zuletzt hängt die urbane Sicherheit natürlich auch von der Polizei und den Ordnungsbehörden ab. Sichtbarkeit und Ansprechbarkeit von Polizistinnen und Polizisten im städtischen Raum ist hierfür ebenso wichtig wie faires und respektvolles Auftreten der Beamtinnen und Beamten. Wünschenswert sind außerdem Ombudsstellen, die im Zweifelsfall in der Lage sind, Konflikte zwischen der Polizei und Bürgerinnen und Bürgern zu schlichten.

Zur Berücksichtigung all dieser Aspekte benötigt die Sicherheitspolitik einen kooperativen Ansatz. Nötig ist das Zusammenwirken von Sicherheits- und Ordnungsbehörden mit anderen Sparten der Stadtverwaltung sowie mit sozialen Trägern, der lokalen Politik, zivilgesellschaftlichen Gruppen und Wirtschaftsvertretern, um Sicherheits- und Ordnungsprobleme durch die Bündelung von Ressourcen zu bearbeiten. Hervorzuheben sind hier insbesondere die kriminalpräventiven Gremien, die – sofern sie mit politischem Nachdruck unterhalten werden – einen wichtigen Ausgangspunkt für eine kooperativ verstandene Sicherheitspolitik bilden und Schnittflächen zu anderen Sparten der kommunalen Daseinsvorsorge eröffnen. Wohlgemerkt geht es nicht darum, die sicherheitspolitische Verantwortung abzuwälzen, sondern vielmehr anzuerkennen, dass urbane Sicherheit ein komplexes Phänomen darstellt, das in vielerlei politische Felder hineinragt. ●

→ Publikation des Autors zum Thema:

»Urbane Sicherheit(en) – Thesen zur Verbindung von sozialer und innerer Sicherheit« des Arbeitsbereichs BerlinPolitik im Forum Berlin

→ <http://library.fes.de/pdf-files/dialog/14611.pdf>



Prof. Dr. Jens Wurtzbacher lehrt an der Katholischen Hochschule für Sozialwesen in Berlin.

INTERVIEW

# Ein positiv besetztes Gefühl

## Objektive und subjektive Sicherheit

Fragen an Rita Haverkamp

**Frau Haverkamp, Sie sind Professorin für Kriminalprävention und Risikomanagement an der Eberhard Karls Universität Tübingen. Als Koordinatorin waren Sie an den Projekten »Barometer Sicherheit in Deutschland« und »Sicherheit im Bahnhofsviertel« beteiligt: Was verstehen Sie überhaupt unter dem Begriff »Sicherheit«?**

Sicherheit ist ein sehr vielschichtiger Begriff, der in alle Lebensbereiche hineinreicht. Sicherheit spielt fast überall eine wichtige Rolle, im Straßenverkehr, in der Schule oder im Haushalt. Sicherheit ist sehr komplex und daher schwer greifbar. Gleichzeitig weiß aber jeder gefühlsmäßig, was Sicherheit ist. Negativ formuliert, ist Sicherheit die Abwesenheit von Unsicherheit, also keine Gefahren, keine Risiken. Positiv konnotiert, bedeutet Sicherheit, dass man sich wohl und sicher fühlt. Sicherheit ist eigentlich ein positiv besetztes Gefühl.

**Laut der polizeilichen Kriminalitätsstatistik sinkt die Anzahl der Morde kontinuierlich, auch die Wohnungseinbrüche gehen seit 2016 zurück. Andererseits wächst laut Umfragen das Unsicherheitsgefühl der Bevölkerung. Gibt es eine zunehmende Kluft zwischen gemessener und gefühlter Sicherheit? Oder stimmt etwas mit den Zahlen nicht?**

Es gab 2012 und 2017 zwei große Erhebungen, die sich auch mit dem Unsicherheitsgefühl beschäftigten, nämlich die sogenannten Viktimisierungssurveys. Hier wurde tatsächlich ein Anstieg zwischen 2012 und 2017 von vier Prozent gemessen. Die Zahlen scheinen mir auch in Ordnung. Allerdings ist dies ein eher geringer Anstieg. Interessanter ist meiner Meinung nach ein anderes Ergebnis dieser Studien, nämlich dass das Sicherheitsgefühl in Deutschland insgesamt sehr hoch ist.

**Was würden Sie der Politik empfehlen? Sollte mehr in die objektive oder subjektive Sicherheit investiert werden? Oder gibt es diesen Gegensatz gar nicht?**

Wichtig ist, immer wieder zu betonen, dass Deutschland ein sehr sichereres Land ist, auch im Vergleich zu den meisten Staaten der Welt. Auch kann Sicherheit immer nur zu einem gewissen Maß gestärkt werden. Eine absolute Sicherheit gibt es nicht. Dennoch muss sowohl die objektive wie auch die subjektive Sicherheit gestärkt werden. Dies muss auf vielschichtige Weise und auf allen Ebenen vom Bund über die Länder bis hin zu den Gemeinden angegangen werden. Besonders auf kommunaler Ebene lässt sich viel durch Bürgerpartizipation erreichen. Beispielsweise in Kooperation mit kommunalen Kriminalitätspräventionsräten, Stadtteilvereinen oder Quartiersmanagement kann gemeinsam erörtert werden, welche Maßnahmen vor Ort die Sicherheit am besten stärken. ●



Prof. Dr. Rita Haverkamp hat die Stiftungsprofessur für Kriminalprävention und Risikomanagement an der Eberhard Karls Universität Tübingen inne. Sie ist u. a. Mitglied des Forschungsbeirats des Bundeskriminalamts (BKA). Im August 2019 referierte sie in der Werkstatt »Innere Sicherheit« der Friedrich-Ebert-Stiftung über den Zusammenhang von objektiver und subjektiver Sicherheit.

Die Fragen stellte Jan Niklas Engels, Referent für »Innere Sicherheit« in der Abteilung »Politischer Dialog« der Friedrich-Ebert-Stiftung.

THEMA

# FÜR EIN BESSERES MORGEN

Wachsende soziale Ungleichheit, gesellschaftliche Polarisierung, Migration und Integration, die Klimakrise, Digitalisierung und Globalisierung, die ungewisse Zukunft der Europäischen Union – Deutschland steht vor tief greifenden Herausforderungen. Auf diese muss die Soziale Demokratie überzeugende, fortschrittliche und zukunftsweisende Antworten geben.

Mit dem Projekt »Für ein besseres Morgen« (»BeMo«) entwickelt die Friedrich-Ebert-Stiftung Vorschläge und Positionen für sechs zentrale Politikfelder:

- Demokratie
- Europa
- Digitalisierung
- Nachhaltigkeit
- Gleichstellung
- Integration

[www.fes.de/fuer-ein-besseres-morgen](http://www.fes.de/fuer-ein-besseres-morgen)



# Vertrauen in die Demokratie

## Wie zufrieden sind die Menschen mit Regierung, Staat und Politik?

Von Jochen Dahm und Alina Fuchs

**W**eniger als die Hälfte der Menschen in Deutschland ist damit zufrieden, wie die Demokratie in unserem Land funktioniert. Zwei Drittel glauben, dass es den nachfolgenden Generationen schlechter gehen wird. Das ist das besorgniserregende Ergebnis der vorliegenden Studie.

Ein alarmierender Befund. Die Studie »Vertrauen in Demokratie. Wie zufrieden sind die Menschen in Deutschland mit Regierung, Staat und Politik?« zeigt, dass ein deutlicher Zusammenhang besteht zwischen dem sinkenden Vertrauen der Bürger\_innen und der wachsenden sozialen Ungleichheit.

Vor allem sozial schlechtergestellte Bürger\_innen haben wenig Vertrauen in die politischen Prozesse und Ergebnisse. Dazu zählen mehr als 70 Prozent derjenigen, die sich selbst der Arbeiter- oder Unterschicht zuordnen, und 67 Prozent der Menschen mit geringem Einkommen.

Die Unzufriedenheit richtet sich einerseits dagegen, wie das politische System funktioniert. Sie entzündet sich aber auch an den Ergebnissen von Politik. Deutlich wird dabei der Zusammenhang vor allem in der Bewertung von Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik. Diejenigen, die mit der Sozialpolitik unzufrieden sind, sind auch zu fast zwei Dritteln mit dem Funktionieren der Demokratie unzufrieden. Unter denjenigen, die einen Anstieg sozialer Ungleichheit feststellen, sind 60 Prozent unzufrieden.

Über zwei Drittel der Befragten sind sich einig, dass ein erheblicher Teil der Bevölkerung nicht von der guten wirtschaftlichen Entwicklung profitiert. Besonders schlecht fällt die Bewertung der Politikerergebnisse in den Bereichen Rente und Wohnen aus. Hier sind nur rund 25 bzw. 15 Prozent damit zufrieden, wie der Staat seine Aufgaben erfüllt.

Sehr klar belegen die Umfrageergebnisse den Wunsch der Bürger\_innen nach einem aktiven Staat, der sich für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und den Abbau bestehender Ungleichheiten einsetzt. Deutlich wird dies etwa an hohen Zustimmungswerten für eine höhere Besteuerung von hohem Vermögen und Einkommen, für die »beste« Personal- und Finanzausstattung an Schulen in ärmeren Stadtteilen, für den Einsatz von Steuermit-

teln zur Verbesserung des ÖPNV, aber auch für Maßnahmen wie den Ankauf von Steuer-CDs.

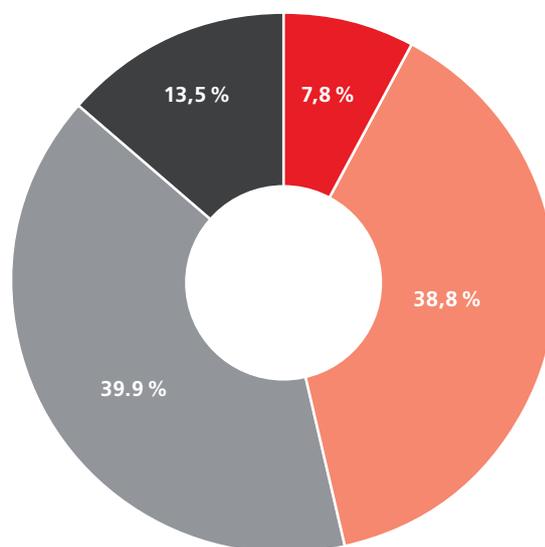
Dass eine solche solidarische Politik unsere Gesellschaft wieder stärker einen kann, zeigt sich auch an diesem Wert: Über 90 Prozent kritisieren, der gesellschaftliche Zusammenhalt habe gelitten, weil »Egoismus heute mehr zählt als Solidarität«.

→ Die Studie: »Vertrauen in Demokratie. Wie zufrieden sind die Menschen in Deutschland mit Regierung, Staat und Politik?«  
**Frank Decker, Volker Best, Sandra Fischer, Anne Küppers**  
 Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2019

→ Weitere Informationen:  
<https://www.fes.de/studie-vertrauen-in-demokratie>

Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie (in %)

■ sehr zufrieden    ■ wenig zufrieden  
 ■ ziemlich zufrieden    ■ überhaupt nicht zufrieden



Stichprobengröße: n = 2.010



**Jochen Dahm** ist Leiter der Akademie für Soziale Demokratie.  
**Alina Fuchs** ist Referentin im Forum Demokratie.



## STUDIE

# Mythen, Fakten, Argumente Die Debatte um den Klimaschutz

Von Max Ostermayer und Thomas Absmayr

**E**xtrême Wetterereignisse in immer häufigerer Zahl, die Zunahme von Treibhausgasen in der Atmosphäre, der massive Verlust von Tier- und Pflanzenarten – die Menschheit steuert sehenden Auges auf eine Klimakatastrophe zu. Der sich beschleunigende Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur bedroht die Stabilität ganzer Ökosysteme und somit einen Grundpfeiler unseres Daseins, unserer Gesellschaft und unserer Wirtschaft. Zweifelsfrei ist der Klimawandel eine globale Menschheitsfrage und eine der größten Herausforderungen, der wir uns stellen müssen.

In der deutschen Öffentlichkeit ist der Klimawandel spätestens seit den »Fridays for Future«-Protesten und den Diskussionen um den Kohleausstieg endgültig angekommen. Als eines der größten und wichtigsten Industrieländer in Europa trägt Deutschland eine besondere Verantwortung, zur Begrenzung des Klimawandels beizutragen. Jüngste Berechnungen zeigen, dass wir in puncto Ressourcenverbrauch drei Erden bräuchten, würden alle Menschen so leben wie die Deutschen. Während die Weltbevölkerung in diesem Jahr am 29. Juli – dem sogenannten »Earth Overshoot Day« – alle Ressourcen verbraucht hat, die unser Planet innerhalb eines Jahres bereitstellen kann, fiel der deutsche Erdüberlastungstag 2019 bereits auf den 3. Mai.

Die Transformation hin zu einer (nahezu) emissionsfreien Wirtschaft und Gesellschaft ist mit einer ganzen Reihe von Herausforderungen verbunden. In diesem Zusammenhang ist in den letzten Jahren zunehmend zu beobachten, dass die ökonomischen und sozialen Kosten dieses Anpassungsprozesses stärker in den Fokus der Debatte gerückt werden – oft mit der Intention, Klimaschutz gegen Wohlstand, wirtschaftliche Entwicklung und Arbeitsplätze

auszuspielen. Ökologische, ökonomische und soziale Nachhaltigkeit werden somit bisweilen gegeneinander in Stellung gebracht.

Mit der von der Friedrich-Ebert-Stiftung beim Wuppertal Institut in Auftrag gegebenen Studie entlarven die Autor\_innen »unheilige Allianzen«, verbreitete Mythen und interessensgesteuerte Desinformationen. Die Studie zeigt die Konfliktfelder auf und analysiert faktenbasiert zehn zentrale Kritikpunkte. Sie bestätigt, dass in Deutschland in einigen Sektoren noch enormer Handlungsbedarf besteht, um die gesteckten Klimaziele zu erreichen und die Energiewende zum Erfolg zu führen.

Vor allem aber zeigt die Studie, dass eine zukunftsorientierte Energie- und Klimapolitik im Einklang mit Wohlstand und sozialem Fortschritt möglich ist – sei es beim Ausbau der erneuerbaren Energien und geeigneter Infrastrukturen, bei der Verkehrswende oder aber im Hinblick auf die Anpassung gesetzlicher Regelungen und staatlicher Förderprogramme, etwa im Gebäudebereich. Auch wird deutlich, dass ein Kohleausstieg nicht automatisch zu einer Erhöhung des Strompreises führen muss, dass die Transformation auch Chancen für viele Industriezweige eröffnet und dass die Umstellung auf eine ökologischere Landwirtschaft die Ernährungssicherheit nicht gefährdet.

Die Studie ist Teil des Projekts »Für ein besseres Morgen« der Friedrich-Ebert-Stiftung. Ziel ist es, einen ganzheitlichen Blick auf die Umsetzung einer nachhaltigen Klimapolitik zu werfen. Sozialen Fortschritt kann es nicht ohne ökologische Nachhaltigkeit geben. ●

→ Die Studie: »Die Debatte um den Klimaschutz«

→ <https://www.fes.de/studie-klimaschutz-debatte>



INTERVIEW

# »Der Staat ist ein idealer Investor für Start-ups«

## Die deutsche Wirtschaft im Technologiewandel

Fragen an Miriam Rehm

**Bei Digitalkonzernen denken die meisten zuerst an Unternehmen aus den USA und aus China. Wie digitalisiert ist denn die deutsche Wirtschaft mittlerweile?**

»Es gibt große Unterschiede. Wir beobachten durchaus eine zunehmende Tendenz der Digitalisierung. So hat etwa die IT-Kapitalintensität in Deutschland in den letzten 15 Jahren zugenommen, auch wenn die Neuinvestitionen in IT inzwischen wieder sinken. Was aber klar steigt, sind die Investitionen in Software und Datenbanken. Im Gegensatz dazu fallen die Investitionen in Telekommunikation, das heißt zum Beispiel in Festnetztelefonie.«

**Bringt die Digitalisierung auch in der deutschen Wirtschaft schon Tendenzen zur Monopolisierung mit sich?**

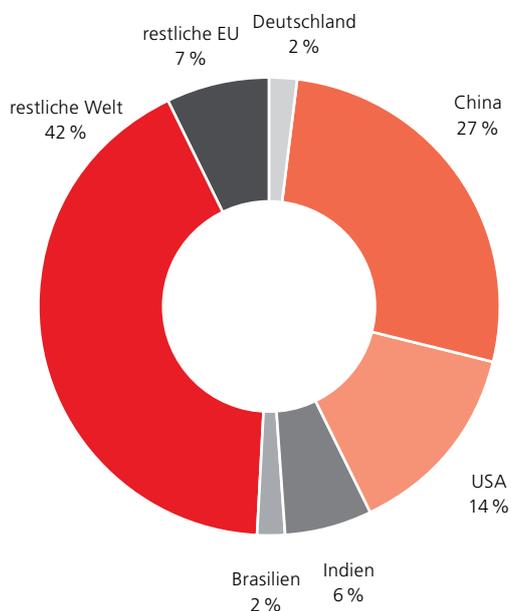
»Die Monopolisierungstendenzen und den Digitalisierungsgrad haben wir uns auf Branchenebene angesehen. Die Daten zeigen, dass in der Vorkrisenzeit, also etwa 2001 bis 2007, die Monopolisierung in deutschen Branchen sogar gesunken ist. Wir nennen das die »Start-up-Gründerphase«, wo offensichtlich in stärker digitalisierten Branchen auch viele kleinere Unternehmen angefangen haben und damit der Monopolisierungsgrad gesunken ist. In der Krisenzeit gibt es eine festgefahrene Situation, da ist der Monopolisierungsgrad weder gesunken noch gestiegen. Nach der Krise, also 2011, sehen wir einen umgekehrt u-förmigen Zusammenhang. Wenig und hoch digitalisierte Branchen zeigen keine sehr starke Zunahme des Monopolisierungsgrades, aber in der Mitte, also mittelniedrig und mittelhoch digitalisierte Branchen, gibt es im Durchschnitt einen tendenziell höheren Anstieg der Monopolisierung.«

**Was sind die Unterschiede zwischen traditionellen Unternehmen und denen, die sich stark digitalisieren?**

»Bei den DAX- und TecDAX-Konzernen zeigt sich, dass Letztere höhere Forschungs- und Entwicklungsausgaben haben, also wohl tatsächlich techno-

### Weltweit ausgestoßene Treibhausgase

Anteil in Prozent nach Emittenten 2016



Quelle: Wuppertal Institut nach Gütschow et al. (2019) und WRI (2019)



**Thomas Absmayr** ist Referent im Referat Naher/Mittlerer Osten und Nordafrika der FES.



**Max Ostermayer** ist Referent für Klima-, Umwelt-, Energie- und Strukturpolitik in der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der FES.

logieintensiver sind. Die DAX-Unternehmen sind deutlich größer, etwa zehnmal so groß am Umsatz gemessen. Und sowohl bei Umsatzwachstum als auch beim jährlichen Wachstum der ausgeschütteten Dividenden liegen DAX- und TecDAX-Unternehmen beinahe gleichauf. Aber was Vermögenswerte angeht, wachsen die TecDAX-Unternehmen deutlich schneller. Auch die Marktkapitalisierung, also der Börsenwert der Unternehmen, steigt bei TecDAX-Unternehmen deutlich schneller. Es deutet also einiges darauf hin, dass TecDAX-Unternehmen am Finanzmarkt an Bedeutung gewinnen. Es gibt nur eine Größe, bei der DAX-Unternehmen, also die großen traditionellen deutschen Unternehmen, stärker wachsen: Das ist die Zahl der Beschäftigten.«

### **Wie sieht es denn mit gesamtgesellschaftlichen Problemen aus, die das mit sich bringen kann – Stichwort Ungleichheit?**

»Es ist ja bekannt, dass Vermögen extrem ungleich verteilt sind, viel ungleicher als Einkommen. Den Großteil der Vermögen besitzt eine sehr kleine Gruppe, nur zehn oder sogar fünf Prozent der Haushalte. Finanzvermögen, also Vermögen, das an der Börse investiert werden kann, ist sogar noch stärker konzentriert. Nur 11 % der deutschen Haushalte besitzen überhaupt Aktien. Das heißt, wenn im Zuge der Digitalisierung und des Bedeutungsgewinns von technologieintensiveren Unternehmen Gewinnausschüttungen steigen, dann landen diese Einnahmen hauptsächlich am oberen Ende der Verteilung.«

### **Und was lässt sich dagegen tun?**

»Unserer Ansicht nach gibt es mehrere mögliche Maßnahmen. Zunächst zeigt ja gerade die aktuelle politische Diskussion in Europa und den USA, dass es durchaus Gestaltungsspielraum für Steuern gibt. Um die Finanzmarktorientierung einzudämmen, ist eine Finanztransaktionssteuer eine klassische Möglichkeit. Das könnte Spekulationen eindämmen, also Aktienkäufe und -verkäufe, die sich in hoher Frequenz sehr stark an Aktienwerten orientieren – also zum Beispiel an der Kapitalisierung von TecDax-Unternehmen. Zudem stellt sich die Frage der Umverteilung. Hier werden ja Vermögenssteuern und Digitalsteuern auch auf EU-Ebene bereits diskutiert. Was aber nicht vergessen werden sollte, ist die Frage der Eigentümerstruktur. Es geht natürlich nicht nur um Umverteilung, sondern wir

stellen die Frage, ob man nicht auch bei der Primärverteilung ansetzen sollte. Das kann zum Beispiel in Richtung von gemeinschaftlichem Eigentum in Genossenschaften gehen, das kann aber auch ein Staatsfonds sein. Mariana Mazzucato zeigt zum Beispiel, dass der Staat die Rolle des Innovators historisch bereits sehr erfolgreich einnimmt. Der Staat ist dabei auch ein idealer Investor, weil er die Tiefe, die Breite und den langen Atem hat – drei Dimensionen, die für erfolgreiche Start-up-Investitionen notwendig sind.« ●

→ Die Studie: »Monopolisierung, Finanzmärkte und Ungleichheit. Wie die Digitalisierung die deutsche Wirtschaft verändert«

→ Mehr Informationen:

<https://www.fes.de/fuer-ein-besseres-morgen>

<https://www.fes.de/studie-digitale-monopole>



**Miriam Rehm** PhD ist Juniorprofessorin für Sozioökonomie mit Schwerpunkt Empirische Ungleichheitsforschung an der Universität Duisburg Essen.

Die Fragen stellte **Johannes Damian**, Referent für die strategische Kommunikation des Projekts »Für ein besseres Morgen«.

# Mehr Effizienz ins System

## EU-Strukturfonds in Deutschland

Von Fedor Ruhose

**F**ragen der Regionalpolitik genießen momentan hohe Aufmerksamkeit. Auch die Debatte bei den anstehenden Haushaltsverhandlungen der Europäischen Union (EU) für die Jahre 2021–2027 über die Zukunft der sogenannten Europäischen Struktur- und Investitions-Fonds (ESI) zeigt die Bedeutung dieses Themas. Durch die ESI-Fonds gelangen fast 29 Milliarden Euro Regionalförderung nach Deutschland.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat daher den Regionalökonom Jens Südekum vom Düsseldorfer Institut für Wettbewerbsökonomie (DICE) beauftragt, die Wirkung der Strukturpolitik der EU für ausgewählte Regionen in Deutschland zu untersuchen. Dafür hat er mit Praktiker\_innen in Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Nordrhein-Westfalen notwendige Veränderungen identifiziert.

Die Studie kombiniert quantitativ-empirische Befunde zur Regionalentwicklung mit einer qualitativen Untersuchungsmethode, für die auf Landes- und Kommunalebene Experteninterviews geführt wurden.

Die Rückmeldungen sind eindeutig: Mit den Finanzmitteln der EU-Strukturfonds wird sinnvolle Strukturpolitik betrieben. Ohne die Gelder hätten viele konkrete Projekte nicht umgesetzt werden können, die zu einer Verbesserung der Lebensbedingungen in den ländlichen oder vom Strukturwandel geprägten Regionen maßgeblich beigetragen haben.

Trotzdem gibt es in der Praxis auch Probleme. Als kritisch werden vor allem der enorme Aufwand für die notwendigen Kontrollen der EU-Mittel als auch die unterschiedlichen, daher oftmals undurchschaubaren Regelungen von EU- und Landesebene wahrgenommen. Hierdurch kann es manchmal dazu kommen, dass nicht diejenigen gefördert werden, die es am nötigsten hätten, sondern diejenigen, die es am besten verstehen, mit den komplizierten Verfahrensschritten umzugehen.

Was würde die Effizienz dieses Systemsteigern?

Jens Südekum definiert vier Schwerpunkte. Den ersten sieht er in der notwendigen Überprüfung der bestehenden Strukturen für die sachgemäße Verwendung der EU-Mittel vor Ort. Die Vielzahl von Kontrollmechanismen auf EU-, Bundes- und Landesebene schaffe manchmal eine Kultur des Misstrauens. Zeitgemäßer wären hier Vereinfachung und Flexibilisierung.

Im Bereich der Kofinanzierung müssen in Deutschland zweitens neue Wege erprobt werden. Auf Basis des bislang vorgelegten Entwurfs der EU-Kommission ist allein beim Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) und dem Europäischen Sozialfonds (ESF) ein Rückgang von 21 Prozent vorgesehen. Beim Europäischen Landwirtschafts-

fonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) wird sogar um 35 Prozent gekürzt.

Die Studie beleuchtet Vorschläge, wie man zwischen EFRE und ELER Projekte sinnvoll verteilen könnte und Mittel so eingesetzt werden, dass der Kofinanzierungsanteil so gering wie möglich ausfällt. Mit den frei werdenden Landesmitteln könnten Rückgänge der EU-Förderung zumindest teilkompensiert werden – was gerade für finanzschwache Kommunen von entscheidender Bedeutung ist.

Aus der Kombination der Interviews und der empirischen Erhebung der Mittelverteilung kann drittens geschlussfolgert werden, dass gerade die Regionen und Kommunen, die aufgrund von Strukturwandel einer zusätzlichen Förderung bedürfen, oft leer ausgehen: Es fehlen die Mittel zur Kofinanzierung und es fehlt die Übersicht über die EU-Programme. Die Schaffung einer Lotsenstruktur für die unterschiedlichen Fördertöpfe könnte für die Kommunen einen echten »EU-Mehrwert« bedeuten. Ein breites Netz von Förderlotsen, z. B. auf Landkreisebene, kann eine gerechtere Verteilung der EU-Fördermittel ermöglichen.

Und viertens ist die öffentliche Wahrnehmung der EU als Partner verbesserungswürdig. Da derzeit die ESI-Fonds jeweils ihre eigene Öffentlichkeitsarbeit betreiben und Vorgaben machen, wie eine Kommune das Projekt zu bewerben hat, stehen EU-Maßnahmen unverbunden nebeneinander. Über einen integrierten Ansatz der Öffentlichkeitsarbeit für die ESI-Fonds zumindest in Deutschland könnte viel stärker ein positives Europa-Gefühl geweckt werden. ●

→ Die Studie: »Gewinner oder Verlierer? – Auswirkungen europäischer Wirtschafts- und Strukturpolitik auf Lebensverhältnisse in ausgewählten Bundesländern«

→ Mehr Informationen:  
<https://www.fes.de/fuer-ein-besseres-morgen>



Fedor Ruhose ist Policy Fellow beim Berliner Thinktank »Das Progressive Zentrum« und Geschäftsführer der SPD-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz.

# Die digitale Revolution

Längst lässt sich die Digitalisierung nicht mehr auf technische Aspekte reduzieren. Inzwischen beeinflusst sie alle Bereiche des privaten Lebens, der Arbeit und des sozialen Miteinanders.

Neue Abhängigkeiten und Formen der Ausbeutung entstehen. Es droht eine Vertiefung der gesellschaftlichen Spaltung.

Die Schattenseiten des digitalen Kapitalismus sind aber weder zwangsläufig noch ist der digitale Strukturwandel ein Phänomen, das unkontrolliert über eine Gesellschaft hereinbricht. Der digitale Wandel lässt sich gestalten. Bei der Gestaltung der Digitalisierung muss das Ziel sein, sozialen Fortschritt zu schaffen, an dem alle teilhaben.

Mit ihren Studien und Analysen zeigt die FES, welche politischen Antworten in Deutschland, Europa und international formuliert und beraten werden. Auch bei internationalen Großveranstaltungen werden die verschiedenen Facetten der Digitalisierung betrachtet und mit Politik, Gewerkschaften, Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft diskutiert.

[www.fes.de/themenportal-bildung-arbeit-digitalisierung/digitalisierung](http://www.fes.de/themenportal-bildung-arbeit-digitalisierung/digitalisierung)



# Zeit für ein Update

## Was die Menschen in Deutschland über Digitalisierung denken

Von Stefanie Moser und Max Ostermayer

Wie erleben Menschen in Deutschland die zunehmende Digitalisierung ihrer Lebenswelten? Welche Entwicklungen bereiten ihnen Sorgen? Wo sehen sie die Politik in der Pflicht? Diese und weitere Fragen stellte das Umfrageinstitut Civey in Online-Befragungen für die Studie »Zeit für ein Update. Was Menschen in Deutschland über Digitalisierung denken«.

**D**ie Studie zeigt: Auf der einen Seite sehen 46% der Befragten in der Digitalisierung die Chance, das Leben der Menschen in Deutschland nachhaltig zu verbessern. Demgegenüber messen rund 34% der Digitalisierung kein Verbesserungspotenzial bei.

Positiver fällt die bisherige Digitalisierungsbilanz aus: In der Retrospektive werden die bisherigen technologischen Entwicklungen von insgesamt 68% als positiv beurteilt, wenngleich bei 62% der Eindruck vorherrscht, dass der Fokus bei der Entwicklung digitaler Technologien nicht auf den Bedürfnissen der Menschen liegt. Darüber hinaus zeigt sich auch, dass sich 37% der Befragten nicht in der Lage sehen, mit der Geschwindigkeit technologischer Entwicklungen mithalten zu können. Das Gefühl, abgehängt zu sein, nimmt dabei nicht nur mit dem Alter zu, sondern betrifft Arbeitslose (44%) eher als Arbeitnehmer\_innen (28%), Arbeiter\_innen (42%) häufiger als Führungskräfte (24%) und auch Personen mit Hauptschulabschluss bzw. ohne Abschluss sehen sich damit öfter konfrontiert (52%) als jene mit Abitur (32%).

Zudem geht die Hälfte der Befragten davon aus, dass die Digitalisierung die Ungleichheit bei den Einkommen in Deutschland noch verstärken wird. Nur zehn Prozent glauben, dass die Digitalisierung zu mehr Gleichheit führt.

Aufschlussreich sind hier die Einschätzungen zu der Frage, wer die Digitalisierung gestaltet. Die überwiegende Mehrheit ist der Meinung, dass vor allem große Internetunternehmen wie etwas Google gegenwärtig maßgeblichen Einfluss ausüben, wohingegen sich gerade einmal 5% einen solchen Einfluss wünschen. Ein anderes Bild zeigt sich im Hinblick auf Staat und Politik. Diesen attestieren lediglich 8% einen relevanten Einfluss auf die Gestaltung der Digitalisierung, obwohl 35% der Meinung sind, dass Staat und Politik die Digitalisierung maßgeblich gestalten sollten.

Auf die Frage, welche Maßnahmen die Politik prioritär ergreifen sollte, um die Digitalisierung für die Menschen besser zu gestalten, landet die effektivere Besteuerung von Digitalkonzernen auf dem ersten Platz. Ebenso wird der Regulierung von Digitalkonzernen hohe Priorität eingeräumt sowie der Stärkung von Daten- und Verbraucherschutz. Darin liegt ein klarer politischer Gestaltungsauftrag. ●

→ Die Studie: »Zeit für ein Update – Was die Menschen in Deutschland über Digitalisierung denken«

→ <https://www.fes.de/umfrage-digitalisierung-in-deutschland>



**Stefanie Moser** ist Referentin für Gewerkschaften, Mitbestimmung und Digitalisierung in der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung.



**Max Ostermayer** ist Referent für Klima-, Umwelt-, Energie- und Strukturpolitik in der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung.

# Was ist digitaler Kapitalismus?

## Aufstieg eines neuen Wirtschaftsraums

Von Philipp Staab

**W**enn Sie mich fragen: Der digitale Kapitalismus ist zweierlei. Auf der einen Seite ist der Begriff eine Metapher dafür, dass neuere Informations- und Kommunikationstechnologien zunehmend die basale Infrastruktur von Wirtschaft und Gesellschaft bilden, womit Veränderungen auf so vielen Ebenen verbunden sind, dass es schlicht einer Klammer bedarf, um deren Zusammenhänge überhaupt erst zum Gegenstand öffentlicher Debatten zu machen.

Das linke Lager in der Bundesrepublik tut dabei gut daran, darauf zu bestehen, dass nach wie vor über Technologieentwicklung nicht ergebnisoffen, sondern im Kontext einer sehr spezifischen Form von Ökonomie gesprochen wird.

Die Frage »Welche Digitalisierung wollen wir?« ist im Kontext des real existierenden Kapitalismus schließlich im Grunde immer schon beantwortet.

Von digitalem Kapitalismus zu sprechen (statt zum Beispiel nur von »Digitalisierung«) transportiert damit automatisch die Kritik an der Begrenzung unsere Zukunft und das Einklagen alternativer Pfade.

Auf der anderen Seite stehen Perspektiven, die über die vielsagende Metapher hinausgehen. Sie suchen nach dem Kern der real existierenden Digitalisierung, nach dem Merkmal, dass die laufende Technologiewelle von ihren Vorläufern unterscheidet. Solche Ansätze nehmen in der Regel das kommerzielle Internet zum Ausgangspunkt.

Hier hat sich in den vergangenen 20 Jahren ein eigener Wirtschaftsraum entwickelt, der immer wichtiger wird, nicht nur weil das Internet heute die zentrale Infrastruktur der globalen Kommunikation bildet. Wichtiger auch, weil sich hier eigene Arten des Wirtschaftens herausgebildet haben.

Ein zentraler Punkt ist dabei die Rolle von Daten. Sie sind zunächst einmal das Nebenprodukt digitaler Kommunikation. Wann immer wir uns austauschen, hinterlassen wir Spuren, die einigen Unternehmen als eigene Profitquelle dienen. Die Leitfirmen dieser Entwicklung sind bekanntlich die Giganten der Online-Werbung, Google und Facebook. Das kommerzielle Internet lässt sich daher als gewaltiger Überwachungsapparat verstehen. Das Neue am digitalen Kapitalismus ist in diesem Bild der Aufstieg einer wirtschaftlichen Logik, die nicht auf das ressourceneffiziente Herstellen von Dingen gerichtet ist,

sondern auf die Vermessung und Beeinflussung unseres Verhaltens.

Eine andere Position fragt eher, in welches größere wirtschaftliche Projekt die Datenökonomie eigentlich eingelassen ist – schließlich kann eine Volkswirtschaft nicht nur aus Werbung bestehen. Meine Antwort auf diese Frage ist, dass wir es mit einem Projekt zur Herstellung proprietärer Märkte zu tun haben. Die Vorstufe solcher Märkte in Privatbesitz sind die Plattformunternehmen des kommerziellen Internets, die sich vielerorts als Handelsmonopole für bestimmte Dienstleistungen etabliert haben, etwa bei Taxifahrten oder Essenslieferungen. Diese Privatmärkte sind eingelassen in die Technikuniversen einer sehr kleinen Zahl von Unternehmen. Über die Bindung unserer Aufmerksamkeit kontrollieren diese Firmen in zunehmendem Maße, was wir überhaupt wahrnehmen. Eine Goldgrube ist diese Macht, weil auf immer kompetitiveren Verbrauchermärkten nur diejenigen etwas verkaufen können, die Wahrnehmung für ihre Produkte erzeugen können. Diese Aufmerksamkeit kontrollieren die marktgleichen Leitunternehmen. Ihre Profite speisen sich letztlich aus Gebühren, die sie für ihre Vermittler- oder besser gesagt Marktfunktion erheben.

Zugespitzt formuliert ist dies das Ende jeder liberalen Spielart des Kapitalismus. Mit der Kontrolle des Marktes wird dieser als neutrale Instanz des Tausches praktisch abgeschafft. Politisch können wir hierauf im Grunde auf zwei Arten reagieren. Entweder wir formulieren die Forderung nach echten Marktprozessen. Oder wir stellen die entstehenden Privatmärkte in den Dienst der demokratischen Öffentlichkeit. Die Machtkonzentration des kommerziellen Internets könnte dann auch als Ressource für die Gestaltung einer sozial-ökologischen Zukunft genutzt werden. ●



Dr. Philipp Staab hat die Professur »Soziologie der Zukunft der Arbeit« an der Humboldt-Universität zu Berlin inne.



#### GEWERKSCHAFTSPROGRAMM

## Wenn der Chef ein Algorithmus ist Die Arbeit der Zukunft gestalten

Von Sebastian Sperling

**V**or den Fenstern des hippen Coworking-Space in Montevideos Innenstadt starren Fahrradkuriere mit Lieferboxen auf dem Rücken auf ihre Smartphones. Während sie auf neue Aufträge warten, wird Yasmin Fahimi drinnen deutlich: »Die neuen Technologien bringen nur dann Vorteile für alle, wenn wir deren Einsatz in der Arbeitswelt auch im sozialen Dialog gestalten.«

Auf dem Podium der FES-Veranstaltung in der Hauptstadt Uruguays ist sie sich mit dem Vizegeneralsekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB), Victor Baez, einig: Wo der Chef zunehmend ein Algorithmus ist, müssen die Gewerkschaften neue Strategien und Formen der Organisation entwickeln. Beispiele dafür gibt es bereits in Uruguay, dem Land mit dem höchsten IT-Entwicklungsstand und zugleich den stärksten Gewerkschaften in Lateinamerika. Uruguays Bankengewerkschaft AEBU hat eine Forschungs Kooperation mit der staatlichen Universität aufgenommen, um die Änderungen der Arbeitswelt systematischer zu erfassen. Statt für die Erhaltung von Stellenprofilen kämpft sie fortan für die Erhaltung von Arbeitsplätzen. Zudem hat sie erfolgreich verhandelt, dass die Einzahlungen ins soziale Sicherungssystem durch die Banken abhängig sind von deren Profit und nicht allein vom Gehalt der Angestellten.

Die FES unterstützt den Austausch über solche erfolgreiche Beispiele weltweit im Rahmen ihres Programms »Gewerkschaften im Wandel«. Und in Uruguay fließen sie ein in eine Arbeitsgruppe, die in der Gestaltung der neuen Arbeitswelt vor allem zwei Aufgaben für öffentliche Politik sieht: Regulierung von Plattformen und eine Reform der schulischen und beruflichen Bildung. Beides waren zentrale Themen des Besuchs der Spitze des Gewerkschaftsdachverbands in Deutschland. Und beide standen im Fokus einer öffentlichen Debatte im uruguayischen Wahlkampf über die Macht der Algorithmen, die insbesondere Ungleichheiten und Diskriminierungen gegenüber Frauen vertiefen. Denn die Zukunft der Arbeit, das wissen auch die Fahrradkuriere vor den Fenstern des Konferenzraums, ist für Millionen Arbeitnehmer\_innen längst schon Gegenwart. Und sie muss gestaltet werden. ●



**Sebastian Sperling** ist  
Leiter des FES-Büros in  
Montevideo/Uruguay.

# Daten für alle, auch für den Süden

## Entwicklung von digitalen Rechten

Fragen an Parminder Jeet Singh

Unter dem Slogan »Eine Welt. Ein Netz. Eine Vision.« tagt Ende November das 14. Internet Governance Forum (IGF) in Berlin. Im Rahmen des von der UN ins Leben gerufenen Multi-Stakeholder Dialogues kommen Vertreter\_innen aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zusammen, um über die zukünftige Gestaltung des Internets zu diskutieren. Im Vorfeld tritt auf Einladung der Friedrich-Ebert-Stiftung die Just Net Coalition (JNC) zusammen, ein Zusammenschluss von zivilgesellschaftlichen Organisationen aus dem Globalen Süden. Ein Gespräch mit Parminder Jeet Singh von der indischen NGO IT for Change. Singh ist Mitbegründer und Koordinator des Netzwerks.

### Wofür steht die »Just Net Coalition«?

»Wie der Name schon sagt, steht die »Just Net Coalition« für eine gerechte und gleichberechtigte digitale Welt. Mit der Entwicklung digitaler Technologien war lange Zeit die Hoffnung verbunden, dass diese zu einem größeren sozialen Ausgleich beitragen könnten. Leider ist das Gegenteil der Fall: In den letzten zwei Jahrzehnten sind digitale Technologien Teil unseres Alltags geworden, gleichzeitig ist ein starker Anstieg der Ungleichheit auf der ganzen Welt zu beobachten. Das könnte miteinander zusammenhängen.

Die »Just Net Coalition« setzt sich für eine aktive politische Reaktion auf die zunehmende Konzentration der digitalen Macht ein. Ziel ist es, eine soziale Bewegung aufzubauen, die dafür eintritt, dass bürgerliche und politische digitale Rechte durch entsprechende soziale und wirtschaftliche digitale Rechte ergänzt werden.«

### In Deutschland diskutieren wir über den Vorschlag eines »Daten-für-alle-Gesetzes«. Die JNC tritt für einen stärkeren Schutz von Community Data ein. Worauf bezieht sich das?

»Die »Just Net Coalition« ist der Ansicht, dass nicht personenbezogene aggregierte Daten, die aus unseren sozialen Beziehungen sowie aus unserer gemeinsamen Produktion und unserer Umwelt stammen, als Aktivposten der Gemeinschaft betrachtet und im gemeinsamen bzw. öffentlichen Interesse verwendet werden sollten. Dazu gehört die Bereitstellung dieser Daten für eine wettbewerbsfähige Gruppe digitaler Unternehmen, die daraus am besten intelligente Dienste in verschiedenen Bereichen entwickeln können. Dies ähnelt in hohem Maße einem »Daten für alle«-Ansatz. Für die künstliche Intelligenz, das neue Industriekraftwerk, sind aggregierte Daten von größter Bedeutung. Um wirtschaftlich – und damit sozial und politisch – erfolgreich zu sein,

benötigt jedes Land eine angemessene KI-Entwicklung. Das setzt klare Regeln für den Datenaustausch voraus, die praktikabel sein und breite Anwendung finden müssen.«

### Welche Hoffnungen setzen Sie in das diesjährige Internet Governance Forum?

»Mit der Institution des IGF sind weiterhin große Hoffnungen verbunden. Drei inhaltliche Fokusverschiebungen sind zentral: Erstens sollten Fragen der Digital-, Daten- und KI-Branche im Mittelpunkt stehen. Zweitens bedarf es einer engeren Zusammenarbeit mit Akteuren aus verschiedenen sozialen und wirtschaftlichen Bereichen, die über die üblichen Akteure im Bereich Digital- und Internet-Governance hinausgehen. Und drittens sollten weniger die Belange der großen Konzerne im Vordergrund stehen und stattdessen sollte das öffentliche Interesse in den Mittelpunkt rücken. Dazu gehört auch eine stärkere Einbindung der Entwicklungsländer.«



**Parminder Jeet Singh** ist Executive Director der indischen Organisation IT for Change.

Die Fragen stellte **Sarah Ganter**, Referentin für Internationale Sozialpolitik/Digitale Ökonomie.

# Wie attraktiv sind die Bundesländer? Einwanderungsbedarfe von IT-Fachkräften nach Deutschland

Von Susan Javad

Fachkräfte im Bereich IT sind von zentraler Bedeutung für die Entwicklung des Wirtschaftsstandorts Deutschland. Schon länger wird hier ein Engpass beklagt. Einwanderung könnte diesen abmildern. Doch wie groß ist der Bedarf genau und welche Rolle spielt die Attraktivität eines Standorts für die Entscheidung zu migrieren? Eine FES-Studie berechnet die aktuellen Mehrbedarfe an IT-Fachkräften – in vier Berufssparten – für jedes Bundesland, prognostiziert sie für 2030 und schafft damit eine vergleichbare Datenbasis für alle sechzehn Bundesländer. Ein Attraktivitätsindex ergänzt die Erhebung.

Nur zwei Zahlen sollen hier stellvertretend für die vielen Studien, die es mittlerweile gibt, genannt werden: Der IT-Branchenverband Bitkom bezifferte die unbesetzten Stellen im IT-Bereich im Dezember 2018 auf rund 82.000 und damit auf einen bisher unerreichten Höchststand. Der Stifterverband und die Unternehmensberatung McKinsey prognostizieren bis 2023 gar eine Fachkräftelücke von über 700.000 Technologiespezialist\_innen, insbesondere mit IT-Bezug, in Deutschland. Die Zahlen basieren auf Befragungen von Unternehmen und geben somit die Wahrnehmung der Arbeitgeberseite wieder. Vor diesem Hintergrund hat die Friedrich-Ebert-Stiftung das Wirtschaftsforschungsinstitut WiFOR, in Zusammenarbeit mit Bitkom Research mit einer Studie zur aktuellen und prognostizierten Fachkräftesituation im Bereich IT in Deutschland beauftragt. Datenbasis sind Zahlen der Bundesagentur für Arbeit, das ermöglicht eine deutschlandweit einheitliche und solide Grundlage für Berechnungen.

Die Studie zeigt zum ersten Mal für alle Bundesländer und nach IT-Sparten differenziert auf: IT-Fachkräfte fehlen in der Tat jetzt schon – wenn auch in weitaus weniger spektakulärem Ausmaß, als andere Studien ermittelt haben. Und ja, dieser Engpass wird bis 2030 über das Bundesgebiet ungleich verteilt zunehmen und kann eigentlich nur über die Einwanderung ausländischer IT-Fachkräfte abgemildert werden.

Schließlich macht die Studie anhand der Entwicklung eines Attraktivitätsindex, bezogen auf alle

Bundesländer, darauf aufmerksam, dass es bei der Frage der Einwanderung ausländischer IT-Spezialist\_innen auch um die Attraktivität eines Standorts geht. Denn: IT-Fachkräfte sind eine global stark umworbene Berufsgruppe und können sich häufig aussuchen, wohin sie gehen. ●

→ Die Studie: »Aktuelle und zukünftige Einwanderungsbedarfe von IT-Fachkräften nach Deutschland – Wie attraktiv sind die Bundesländer?«

→ Link: <https://www.fes.de/abteilung-wirtschafts-und-sozialpolitik/artikelseite-wiso/aktuelle-und-zukuenftige-einwanderungsbedarfe-von-it-fachkraeften-nach-deutschland-wie-attraktiv-sind-die-bundeslaender>



Susan Javad leitet den Arbeitskreis Migration und Integration der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Frage an die Autorinnen der Studie, Dr. Sandra Hofmann und Andrea Laukhuf, Mitarbeiterinnen des Wirtschaftsforschungsinstituts WiFOR:

## Welche Erkenntnis aus der Studie hat Sie persönlich am meisten überrascht?

Nicht wirklich überraschend, aber durch die Ergebnisse der Studie noch einmal deutlich geworden: Die IT-Fachkräfte sind eine junge und dynamische Berufsgruppe mit einem sehr hohen Männeranteil. Zum Vergleich: Der Frauenanteil bei IT-Fachkräften ist nur unwesentlich höher als der Männeranteil im Gesundheits- und Sozialwesen. Hier gilt es, die nach wie vor vorhandene horizontale Arbeitsmarktsegregation aufzubrechen.

Überraschend hingegen war, dass eine vergleichsweise geringe Bereitschaft von Unternehmen vorhanden war, sich an der Befragung und Diskussion sowie an der Ableitung von Handlungsmaßnahmen zu beteiligen.

Ein Ergebnis, das wahrscheinlich jeden außer die Rheinland-Pfälzer\_innen überraschen dürfte: Rheinland-Pfalz schneidet beim Attraktivitätsindex am besten ab.

# Erfolgs- geschichten

Ehemalige Stipendiat\_innen der FES im Porträt: Unterstützung suchen, Förderung erhalten, Verantwortungsbewusstsein beweisen. Mit ihrem Netzwerk von rund 22.000 ehemaligen Stipendiat\_innen im In- und Ausland bündelt die Abteilung Studienförderung der Friedrich-Ebert-Stiftung die Erfahrung und Solidarität derer, die sich auch weiterhin als Teil der »FES-Familie« verstehen und grundlegende Überzeugungen der Sozialen Demokratie teilen. Viele von ihnen sind in der Öffentlichkeit sichtbar – im Bereich Wissenschaft und Forschung, in der Wirtschaft sowie in Bildung, Gesundheit und Sozialem. Andere wirken an prominenter Stelle in Politik und Justiz, öffentlicher Verwaltung – oder in den Medien. Und ganz viele wirken und werben unermüdlich und mit großem Erfolg im Stillen – in der Familie, in der Nachbarschaft – für Menschlichkeit und soziale Gerechtigkeit. Alle diese FES-Alumni tragen permanent dazu bei, unsere Gesellschaft lebenswert und solidarisch zu gestalten. Wir sind zu Recht stolz auf sie. Mit dieser neuen Rubrik stellen wir sie vor.

## INTERVIEW

# Standbein und Spielbein

Fragen Dr. Yvette Gerner

### **Welchen Herausforderungen werden Sie sich in Ihrer neuen Aufgabe als Intendantin von Radio Bremen im Besonderen widmen? Was sind Ihre Visionen?**

Große Visionen klingen immer toll, viele bestehen den Realitätstest nicht. Mein Prinzip ist etwas bodenständiger: Es braucht immer ein Standbein und Spielbein.

Die Herausforderung orientiert sich im positiven Sinne klassisch an unserem öffentlichen Auftrag als festem Standbein. Aufgabe des öffentlichen Rundfunks ist zuallererst, den Menschen im Land solide recherchierte Informationen über alles, was wichtig ist, zu liefern, Veränderungen und Debatten kritisch, aber auch offen für verschiedene Positionen zu verfolgen und darzustellen. Damit liefern wir Orientierung, die Plattform für demokratischen Dialog und Meinungsbildung.

Gleichzeitig geht es beim Spielbein darum, die Menschen auf allen Plattformen zu erreichen. Dazu braucht es Engagement, neue Erzählformen, Formate zur Vermittlung, Offenheit. Radio Bremen zeichnet eine Lust zur Innovation aus – denken Sie an die Reportagen des »Y-Kollektivs« für »funk«, die Satire-sendung »Kroyman« oder, wenn Sie lieber Radioformate mögen, hören Sie mal die »Plattmacher« oder andere. Aktuell reden wir konkret über innovative Formatideen für die ARD-Mediathek und die -Audiothek. Auf solche innovativen Leuchttürme setze ich.

### **Welche Rolle spielt der öffentlich-rechtliche Rundfunk heute noch als Faktor der politischen und gesellschaftlichen Meinungsbildung?**

Einen Beitrag zum Gemeinwohl zu leisten, ist die DNA unserer Arbeit im öffentlichen Rundfunk.

Radio Bremen ist fester Teil der föderalen kulturellen Identität in Bremen sowie Bremerhaven und hat schon seit einiger Zeit mit einer umfangreichen Dialogstrategie begonnen. Social Media spielen da ganz klar eine Rolle, mit den vier Radiowellen oder »buten un binnen« sind wir im Land bei vielen Veranstaltungen präsent und im Austausch mit dem Publikum. Neu ist seit diesem Jahr der »Meinungsmelder« (ein Format, bei dem sich die Bürger\_innen zu aktuel-

len Fragen äußern können). Worüber ich mit den Kolleg\_innen spreche, ist, wie wir mit den Menschen alltäglich über Reporter\_inneneinsätze hinaus ins Gespräch kommen, offen für alle sind.

Und manchmal hilft ja bei der Frage nach der Legitimation auch, den Blick ins Ausland zu werfen:

Wer wissen will, wie eine Medienlandschaft aussieht, die keine Akteure mit Public-Value-DNA hat, kann sich ja Berichterstattung zu den Wahlkämpfen in den USA ansehen.

Ansonsten gilt: »Change is the new normal«, offen bleiben für Veränderung, selbstkritisch sein. Das aber war immer ein Teil meiner Tätigkeit als Journalistin, der den Job spannend macht. Das ist für mich als Intendantin nicht anders.

### **Fake News, Medienschelte, entgrenzte Social Media – welche Rolle kann und muss seriöser Journalismus spielen, um der Verrohung unserer Gesellschaft entgegenzuwirken?**

Die Erregungswellen kommen schnell und steigen manchmal rasant hoch. Da ruhig gelassen und umsichtig zu reagieren, ist eine der großen Aufgaben im öffentlichen Rundfunk. Das Handwerkszeug dafür haben wir. Hauptproblem ist, dass die Reaktionszeit im Journalismus kurz geworden ist. Ich plädiere für Mut zur überlegten, ruhigen Reaktion. Einmal durchatmen, im Team sprechen, recherchieren. Dann noch als besondere Zutaten den Mut, gegen den Strich zu bürsten und nicht nur aufs Problem, sondern auch auf mögliche Lösungen eingehen.

Grundsätzlich aber braucht es neben aller kritischen Unabhängigkeit auch einen anständigen Umgang miteinander sowie nicht zuletzt eine gute Fehlerkultur.



**Dr. Yvette Gerner**, Intendantin von Radio Bremen, ist ehemalige Stipendiatin der FES, Mitglied des Auswahlausschusses sowie Mitglied des Beirates ehemaliger Stipendiat\_innen.

Die Fragen stellte **Katja Meyer**, Leiterin der Ehemaligenarbeit/Berufsorientierung in der Abteilung Studienförderung.

### **Welche beruflichen Erfahrungen haben Sie besonders geprägt – auch unter Gendergesichtspunkten?**

Ich komme aus einem katholisch-konservativen Lehrerberuf. Es war aber immer klar, dass ich studieren und auch als Frau auf eigenen Füßen stehen werde. Im Journalismus fangen grundsätzlich genauso viele Frauen wie Männer an, in meinem Volontariat waren wir sogar fünf Frauen und ein Mann. Dennoch kehrt sich das Verhältnis später um, wenn »man« und »frau« nicht aufpassen. Die Gründe dafür sind – auf beiden Seiten – vielfältig. Es braucht durchaus einen gewissen Druck, damit sich das Geschlechterverhältnis auf allen Ebenen ändert. Am Ende ist es gut für alle, in divers fair besetzten Teams zu arbeiten.

Manches können wir auch selbst ändern: Es geht sicher darum, Vorurteile – »wie will die das denn mit den Kindern schaffen«, eine Frage die sich umgekehrt niemand für den Mann stellt – abzuschaffen. Frauen müssen sich aber auch etwas trauen und ins kalte Wasser springen. Ich habe das – auch wenn es manchmal Mut erforderte – immer wieder gemacht, meistens war das Wasser gar nicht so kalt.

### **Sie waren Stipendiatin der Friedrich-Ebert-Stiftung. Wie betrachten Sie rückblickend den Einfluss Ihrer Zeit als Stipendiatin auf Ihre persönliche Entwicklung und Ihren beruflichen Werdegang?**

Ich bin der FES bis heute für die Förderung während meiner Dissertationszeit dankbar. Mir hat es immer geholfen, dass sich jemand regelmäßig für meine Fortschritte interessierte, mich mit Promovierenden in ähnlichen Themengebieten vernetzte. Neben der ideellen Förderung bot mir die Ebert-Stiftung die Basis, mich ohne finanziellen Druck frei in meinem Jobumfeld zu orientieren. Direkt nach der Abgabe der Promotionsarbeit hatte ich dann ein Volontariat beim ZDF.

### **Möchten Sie den heutigen Bewerber\_innen etwas mit auf den Weg geben?**

Als Auswahlausschussmitglied treffe ich viele beeindruckende Bewerber\_innen, ich weiß gar nicht, ob die von mir einen Rat brauchen. Mir hat immer geholfen, dass ich das, was mir wichtig war, klar im Blick hatte. Erfolge sehen immer logisch und geplant aus, wenn man sie erreicht hat, die Umwege, Sackgassen dazwischen senden sich nicht mit. Mir war es wichtig, die Bodenhaftung, die mir auch mein Engagement bei der FES verschafft hat, nicht zu verlieren. Egal, wie stressig mein Leben war, das Engagement hatte seinen Platz, das hat letztlich auch mir gut getan. ●

# Erlebniswelt Demokratie

Von Thomas Grumke

*Das Ende der Geschichte (Francis Fukuyama) ist nicht in Sicht. Stattdessen sieht sich die liberale Demokratie westlicher Prägung einer Reihe sehr ernster Herausforderungen ausgesetzt, sodass nicht selten das Bild eines »Kampfes der Kulturen« des Samuel Huntington bemüht wird.*

*In der Tat war 1989 nicht nur das Jahr des Mauerfalls und des Endes des kalten Ost-West-Konflikts, aber auch das Jahr, in dem in der Islamischen Republik Iran ein religiöses Todesurteil (Fatwa) gegen den Schriftsteller Salman Rushdie verhängt wurde, das bis heute gilt. Am 9. November 1989 fiel die Berliner Mauer, am 9. November 2016 wurde Donald Trump zum 45. Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika gewählt.*

*Auch in Deutschland ist zu spüren, dass die irrationale Politik der Angst und des Ressentiments immer mehr Zuspruch erhält in einer als überkomplex, unkontrollierbar und ungerecht empfundenen Realität. Auf der Suche nach Eindeutigkeiten, Leitlinien und Identität hat die liberale Demokratie jedoch herzlich wenig anzubieten: Sie ist kompliziert, langwierig und nicht selten überregelt. Anders Autokraten und politische Extremisten: Während Herrscher wie Vladimir Putin die liberale Demokratie und damit »den Westen« als schwächlich und verweichlicht verächtlich machen, verfügen erklärte Demokratiefeinde sogar über eine eigene Erlebniswelt, in der »geradezu virtuos auf der Klaviatur der Moderne« (Stefan Glaser/Thomas Pfeiffer, Erlebniswelt Rechtsextremismus, Vorwort) gespielt wird: soziale Medien, Musik, Action, klare Identität und Zugehörigkeit. Sehr zutreffend trägt das Buch von Glaser und Pfeiffer zur Erlebniswelt Rechtsextremismus den Untertitel »Menschenverachtung mit Unterhaltungswert«, eine Beschreibung, die ohne Weiteres auch auf den Islamismus/Neosalafismus zutrifft. Wir beobachten also die abnehmende Bindekraft zentraler demokratischer Institutionen und mangelnde Ant-*

*worten der repräsentativen Demokratie auf den massiven ökonomischen und sozialen Wandel gesellschaftlicher Modernisierungsprozesse. Im Jahr 29 der deutschen Einheit sind – im Bewusstsein eines nicht ganz kleinen Teils der Bevölkerung – erhebliche Verschleißerscheinungen der repräsentativen Demokratie festzustellen. Man spricht von einer entleerten Demokratie. Vor diesem Hintergrund verbreitern und intensivieren sich demokratiefeindliche Diskurse in der Gesellschaft (vgl. die Mitte-Studien der FES). Dabei stehen die Ethnisierung gesellschaftlicher Verhältnisse – also die Verknüpfung gesellschaftlicher Missstände mit bestimmten ethnischen Gruppen, denen negative Eigenschaften zugeschrieben werden – und Absagen an die Menschenrechte im Mittelpunkt.*

*Die Frage ist nun: Was hat die liberale Demokratie und was hat die Sozialdemokratie dem entgegensetzen und wie kann sie ihre Werte verteidigen, ohne diese Ideale in diesem Konflikt zu verraten? Ferner: Welche Musik, Kleidung, Rituale, emotionalen Bezugspunkte – ja welche Identität – hat unsere Demokratie eigentlich heute?*

*Die Antwort ist eine selbstbewusste, erlebbare, wehrhafte liberale Demokratie – eine Erlebniswelt Demokratie. Diese Idee ist ausdrücklich nicht auf eine bestimmte Ethnie, Hautfarbe oder Religion beschränkt, sondern allein der Aufklärung und dem Humanismus verpflichtet. Dies schließt nicht nur die Befreiung des Menschen aus seiner selbst verschuldeten Unmündigkeit (Kant) und dessen aufrechten Gang (Bloch) ein, sondern auch, dass nichts und niemand von kritischem Diskurs ausgenommen sein darf. Ferner sieht diese sich einer »zivilisierten Verachtung« im Sinne Carlo Stengers verbunden, denn »[w]ir stehen also vor der absurden Situation, dass der vorgeblich tolerante, faire und für kulturelle Unterschiede sensibilisierte Westen selbst zum Opfer jener Intoleranz geworden ist, die mit der Idee der politischen Korrektheit*



bekämpft werden sollte. Das nenne ich ein phänomenales Eigentor« (Carlo Strenger, *Zivilisierte Verachtung*, S. 20).

Ferner ist das bisher übliche Outsourcing der Verteidigung der inneren und äußeren Sicherheit unserer Demokratie an die politische Rechte inakzeptabel. *Democracy Building a la George W. Bush und Dick Cheney* ist katastrophal gescheitert. Demokratie muss er- und gelebt werden, nur dann kann diese Idee selbstbewusst verteidigt und aus voller Überzeugung weitergetragen werden.

Aber an welchen Orten wäre die Erlebniswelt Demokratie erleb- und erlernbar und welche Maßnahmen sind hier sinnvoll? Zu nennen sind Stichworte wie:

- Bürgerdienst für alle nach dem Schulabschluss (statt Wehrpflicht);
- kostenloses Interrail-Ticket zum 18. Geburtstag für alle Europäer\_innen (Reisen bildet, Begegnungen verbinden);
- Bildung auch als demokratische Identitätsbildung mit dem Ziel einer positiven Anerkennungsbilanz (Wilhelm Heitmeyer).

Und wie steht es mit der Leitkultur? Aus der individuellen Freiheit der Kultur im modernen Verfassungsstaat folgt, dass die Kultur keine verbindlich vorgegebene kollektive Orientierungsgröße sein kann. In der Republik gibt es keine nationalen Religionen oder Kulturen, die für ihre Bürger verbindlich gemacht werden dürfen. Begrenzt wird ihr Pluralismus allein durch die Verfassung und die von ihrer rechtlichen und politischen Ordnung gesetzten Schranken. Wünschenswert ist hingegen eine »demokratische Polarisierung« im Sinne von Jürgen Habermas.

Dieser kurze Text kann und soll nur Impulse zu einer größeren Debatte geben. Carlo Strenger fasst einen Impuls noch einmal gut zusammen: »Will der Westen seine Werte und seine Lebensweise nicht nur militärisch, sondern auch argumentativ verteidigen, besteht die einzige Möglichkeit in der Rückbesinnung auf die Prinzipien der Aufklärung. Der Geist der Kritik, das Beharren auf individueller Autonomie, die Ablehnung jeder Autorität, die sich weigert, sich vertraglich zu binden oder diskursiv zu legitimieren, und das Recht auf den ›aufrechten Gang‹ [...]« (*Zivilisierte Verachtung*, S. 17) müssen immer wieder erkämpft werden!

Dies führt geradewegs zu neuen Herausforderungen, aber auch neuen Chancen für die Sozialdemokratie: Sie muss nicht nur dazu übergehen, soziale und physische Sicherheit zusammenzudenken, sondern besser heute als morgen zur Partei der Erlebniswelt Demokratie werden.



**Thomas Grumke** ist Professor für Politikwissenschaft und Soziologie an der FH für öffentliche Verwaltung NRW, Studienort Gelsenkirchen, und hier im Bachelorstudiengang »Polizeivollzugsdienst« tätig.

# Notizen

Um die Kosten und den – realen oder gefühlten – Souveränitätsverlust eines Landes in der EU ging es im Managerkreis Rhein-Main in einer leidenschaftlich geführten Debatte um den **Brexit**. Prof. Dr. Gabriel Felbermayr, Präsident des Kieler Instituts für Weltwirtschaft, zeigte anschaulich, dass der Nutzen aus Sicht vieler Briten die Kosten aktuell nicht mehr aufwiege. Ökonomisch nüchtern präsentierte der Volkswirtschaftler verschiedene **Brexit-Szenarien**, darunter auch eine »**Hard-but-smart-Variante**«, die politisches und diplomatisches Geschick voraussetze. Dennoch waren sich die Teilnehmer\_innen über die destabilisierenden Gesamtfolgen eines Austritts der Briten aus der EU einig.

Seit fast sechzig Jahren schon begleitet die FES in Israel ein Projekt, das zu einem festen Bestandteil deutsch-israelischer Beziehungen geworden ist: Im August 2019 besuchten **Lehrer\_innen der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)** Israel und tauschten sich mit der israelischen Partnerorganisation, Histadrut HaMorim, über **Erinnerungskultur** und ihre Vermittlung im Unterricht aus. Auf dem Programm standen Inputs zu erschreckend aktuellen Themen wie Holocaust-Leugnung, Antisemitismus im öffentlichen Raum, dem Umgang mit der Shoah im Klassenzimmer, aber auch Workshops zum Thema Toleranz. Neue Ansätze der Beschäftigung mit der Geschichte wurden diskutiert. Einig waren sie sich darüber, dass die Shoah auch heute noch in den Nachfahren der Holocaust-Generation weiterlebt. Die sechstägige Reise führte auch an Itzhak Rabins Grab, nach Yad Vashem und ins Templerviertel in Tel Aviv und veranschaulichte so prägnante Orte deutsch-israelischer, aber auch sozialdemokratischer Geschichte.



**Antisemitismus** – eine Konstante in der kulturellen Geschichte Deutschlands und Europas. Doch der alte »klassisch« biologisch-rassistisch begründete Judenhass nimmt heute auch neue Formen an, etwa als Holocaust-Leugnung oder pauschalisierende Israel-Kritik. Jüdische Perspektiven auf den Antisemitismus zeichnet die Publi-

zistin **Anita Haviv-Horner** in ihrem Buch »**In Europa nichts Neues**« nach. Die im Buch beschriebene Vielstimmigkeit zog sich auch durch den Abend der Buchvorstellung in Tel Aviv, in dessen Verlauf nicht aus dem Werk gelesen, sondern auch in einem Panel über das Thema gesprochen wurde. Die Antwort der Teilnehmer\_innen auf die Frage »**Antisemitismus: In Europa nichts Neues?**« blieb genauso ambivalent und vieldeutig wie die im Buch vertretenen Positionen: ja und nein, so der Tenor auf der Bühne. Der alte Antisemitismus sei immer noch da, nehme aber teils neue, gefährliche Formen an.

# Leseempfehlungen

## WISO DISKURS



### Einwanderungsbedarfe von IT-Fachkräften nach Deutschland

Wie attraktiv sind die Bundesländer?

*Sandra Hofmann, Andrea Laukhuf, Benedikt Runschke, Sabrina Spies, Daniel Stohr*

## GESPRÄCHSKREIS GESCHICHTE



### Friedrich Eberts Wahl zum Reichspräsidenten – Mut zur Demokratie!

*Peter Beule (Hrsg.)*

## MANAGERKREIS



### Klima schützen – Mobilität erhalten

Impulse zur Bepreisung von CO<sup>2</sup> im Verkehr

*Michael Clausecker, Enno Harks, Gerhard Prätorius, Bernd Törkel*

## WISO DISKURS



### Sicherheit, Selbstbestimmung, Fairness und Teilhabe

Handlungsempfehlungen für eine Verbraucherpolitik im digitalen Wandel

*Dr. Robert Philipps, Prof. Dr. Christian Thorun, Dr. Julius Rauber*

## PROJEKT »FÜR EIN BESSERES MORGEN«



### Die Debatte um den Klimaschutz

Mythen, Fakten, Argumente

*Christof Arens, Anja Bierwirth, Thorsten Koska, Johannes Thema, Oliver Wagner*

## FORUM POLITIK UND GESELLSCHAFT



### Kinderland Schweden?

Regulierung, Zugang und Debatten zur medizinisch assistierten Reproduktion in Schweden und den Nordischen Ländern

*Henri Möllers*

## NETZWERK BILDUNG



### Gute Schule

Wie sich Bildung in Zukunft ändern muss

*Burkhard Jungkamp, Marei John-Ohnesorg (Hrsg.)*

## SCHRIFTENREIHE HOCHSCHULPOLITIK



### Lernen für morgen

Finanzierung der Aus- und Weiterbildung

*Angela Borgwardt*

## INTERNATIONALE POLITIKANALYSE



### Wo genau ist Mitte-Links?

Wert- und Policy-Profile sozialdemokratischer Parteien in Europa aus Sicht der nationalen Wahlbevölkerungen

*Jérémie Gagné, Richard Hilmer*

## ANALYSE



### Israel – Palästina und der Deal des Jahrhunderts

Die US-Außenpolitik unter Präsident Donald J. Trump 2017–2019

*Grace Wermenbol*

## INTERNATIONALER DIALOG



### Einige Risse, aber kein Bruch

Einstellungen zur EU in elf Ländern

*Richard Hilmer, Tomislav Maršić*

## INTERNATIONALE POLITIKANALYSE



### Wie funktioniert Social-Media-Wahlkampf?

Eine Analyse der digitalen Wahlkampfstrategien zur Europawahl 2019 in Deutschland und Österreich

*Ingrid Brodnig, Martin Fuchs, Luca Hammer und Josef Holnburger*



[www.fes.de/de/publikationen](http://www.fes.de/de/publikationen)  
Hier finden Sie sämtliche aktuelle Publikationen der FES.



**»mehr Europa«  
beim Militär**

Die Frage der eigenen Verteidigungsfähigkeit Europas hat neue Aktualität gewonnen. Amerika, die frühere Schutzmacht, entfernt sich. Cyberattacken, Russland, Dihadisten – das sind nur ein paar Schlagworte für die unterschiedlichen, wachsenden Bedrohungen von Frieden und Freiheit. Dagegen steht die sicherheitspolitische Kleinstaaterei in Nato-Europa wie in EU-Europa.

Wir brauchen dringend die militärische Integration, wir brauchen mehr Inseln funktionierender Kooperation. Einzelne davon gibt es längst. Sie wachsen schon langsam zusammen und bilden Festland. Aber noch sind die nationalen Widerstände sehr groß, auch in Deutschland, auch in Frankreich. Wie gelingt am Ende das visionäre Projekt einer Europäischen Armee?

136 Seiten, Broschur, 14,90 Euro  
ISBN 978-3-8012-0562-1